Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Nr. 14 | Berlin, den 15. Juli 1938 | 19. Jahrgang

# „Geheime Maffia" in Polen

In Polen hat der Kampf gegen die Freimaurerei in letzter Zeit einen starken Auftrieb erfahren. Die Aktion wird neuerdings von einer Gruppe von Politikern vorwärts getrieben, die sich um den Kreis „Morgen der Arbeit" (Jutro Pracy) schart. Die Auseinandersetzungen über die Rolle der Freimaurerei in Polen reichen zwar schon einige Jahre zurück, doch beschränkte sich der Streit der Auffassungen über die Rolle dieser Geheimorganisation auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Wissenschaftlern und Politikern, ohne größeren Widerhall in der breiten Oeffentlichkeit zu finden. Vor allem bewegte sich die Diskussion auf der historischen Plattform, wobei die links eingestellten Kreise im wesentlichen den Standpunkt vertraten, daß sich die Freimaurerei in der Zeit der polnischen Aufstände im vergangenen Jahrhundert und später um die Wiedererlangung der polnischen Eigenstaatlichkeit beachtliche Verdienste erworben habe. In Versailles konnte auf diese Weise für Polen mit Hilfe freimaurerischer Einflußnahme manches erreicht werden, was sonst niemals hätte verwirklicht werden können.

Erheblich abweichend von dieser Version ist die Auffassung der den Rechtskreisen nahestehenden polnischen Historiker. Von diesen wird das Rad der Geschichte Polens noch etwas weiter zurückgedreht und behauptet, daß die Freimaurerei mitschuldig gewesen sei an den Teilungen Polens und damals bewußt nach der Auslöschung Polens von der Weltkarte gestrebt habe. Wenn das Freimaurertum sich Polen während der Aufstandsbewegungen des vergangenen Jahrhunderts angenommen habe, so nicht etwa aus polenfreundlichen Gefühlen, sondern — ähnlich wie während des Weltkrieges — um das russische Zarenreich zu schwächen und endlich zu stürzen. Die „polnische Frage" sei also den Freimaurer-Logen nur Mittel zum Zweck gewesen und — nachdem sie durch Niederringung des Zarentums ihr Ziel erreicht hätten — richteten sie nunmehr ihr ganzes Streben darauf, dem katholischen Polen den vernichtenden Schlag zu versetzen, um — ähnlich wie in Sowjetrußland — den jüdischen Interessen zum Siege zu verhelfen. Auf dem Boden der Volksfrontpolitik sei es heute bereits zu einer engen Verständigung zwischen den Freimaurern und der Komintern gekommen. — Soweit der Standpunkt der polnischen Historiker.

Der bis vor kurzem in der Hauptsache wissenschaftlich geführte Streit um die Rolle der Freimaurer in Polen wurde im Februar d. J. zum ersten Mal in betonter Form auf die politische Ebene durch eine Interpellation übertragen, die der Abgeordnete Dudzinski wegen einer ungesetzlichen Freimaurerversammlung unter Beteiligung hoher polnischer Staatsbeamter in Amtsräumen eingebracht hat. Die Interpellation wird eingeleitet durch eine scharfe Anklage an die Adresse der Regierung. Ihr wird vorgeworfen, die Ausbreitung der Freimaurerei unter den Staatsbeamten zu dulden und diese Tätigkeit zu decken. Darin wird ein lässiges Verhalten gegenüber der Verfassung seitens der Regierungsinstanzen erblickt und der Ministerpräsident ersucht, unter Einsetzung seines ganzen Einflusses gegen die „Verschwörung einer geheimen Maffia" vorzugehen. Zum Beweis dafür, wie erfolgreich die internationalen Freimaurerlogen in Polen arbeiten, verlas der Abgeordnete Dudzinski Auszüge eines Berichtes aus der offiziellen Monatsschrift der amerikanischen Freimaurer-Organisation „The New Age". In diesem Bericht heißt es u. a.:

„Zwei amerikanische Freimaurer, Großmeister John Cooks und William Moseley Braun, Logenbruder des 32ten Grades, haben gegen Ende des Jahres (1936) einer Reihe von Logen des alten Kontinents Besuche abgestattet. Die beiden Vertreter langten am 9. Dezember in Warschau an. Auf dem Bahnhof wurden sie vom Großmeister der polnischen Loge, Stanislaw Stempowski und Generalsekretär Zb. Skokowski sowie einer Anzahl anderer Brüder enthusiastisch begrüßt. Am gleichen Abend veranstaltete der Oberste Rat Polens eine Sondersitzung im Arbeitszimmer des Direktors der Generaldirektion der Polnischen Staatsforsten. Das bedeutet einen großen Fortschritt, denn bisher fanden die Versammlungen in Privatwohnungen der Mitglieder statt. Die Versammlung nahm einen normalen Verlauf unter Glückwunschbezeugungen anläßlich der Erfolge, die in den letzten Jahren in Polen erzielt wurden."

Nach Verlesung dieses aufschlußreichen Berichts des amerikanischen Freimaurer-Organs wandte sich Abgeordneter Dudzinski mit folgenden Worten an das Parlament:

„Hoher Sejm! Ich glaube, daß jeder Abgeordnete, der Nachrichten dieser Art erhält, sich um das Wohl des Staates sehr beunruhigen würde. Wir müssen uns darüber klar sein, daß unser Vaterland bedroht ist, wenn hohe Beamte des Staates zu geheimen Organisationen gehören, die fremden Agenturen unterstehen. Eine solche Tätigkeit verbietet ihnen Artikel 165 des Strafgesetzbuches. Hier ist die Photographie des „Gesetzes der Großen Nationalen Loge Polens", gedruckt in Warschau im Jahre 1931. Auf der Vorderseite steht der Titel, mit geheimnisvollen Buchstaben beginnend, die uns vielleicht einer der Herren Minister deuten kann.

Ich meine, daß dieses Dokument völlig genügt, um festzustellen, daß entgegen der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten und trotz der bestehenden Gesetze, die geheime Organisationen verbieten, solche Organisationen existieren, und daß zu ihnen, was das schlimmste ist, hohe Staatsbeamte gehören, wie die von mir in der Interpellation genannten Herren: Ministerialrat im Ministerium für Landwirtschaft und Agrarreform, Stanislaw Adam Stempowski, und der Inspektor im Ministerium für soziale Fürsorge, Zbigniew Skokowski.

Wenn somit die amerikanischen Informationen in bezug auf diese beiden Herren, deren Zugehörigkeit zur Loge ich jetzt dokumentarisch nachgewiesen habe, richtig sind, so bin ich in vollem Recht zu glauben, daß auch der Rest der Informationen richtig ist.

Und wenn das der Fall ist, zu welcher Folgerung kann man allein auf Grund dieser Informationen gelangen?

400 hohe Beamte bestimmen über das Schicksal des Landes. Der amerikanische Bericht stellt fest, daß die polnischen Freimaurer mit der hohen Klasse ihrer Ordensmitglieder sehr zufrieden sind. Deren hohe soziale Stellung erklärt die Tatsache, warum 400 Personen in 11 Logen einen so bedeutenden Einfluß auf die Geschicke des Landes ausüben.

Ohne Rücksicht zu nehmen, können wir die Behauptung wagen, daß eine geheime Maffia Polen für Rechnung des Lagers der Legionäre und der polnischen Heeresorganisation (P. O. W.) regiert. Mit dieser Tatsache kann ich mich in keiner Weise einverstanden erklären, denn ich sehe die Resultate dieser Wirtschaft. Nur kurze Zeit ist seit dem Tode des Marschalls verstrichen, und das gesamte politische Leben ist bereits in Auflösung. Der Oberste Führer gibt die Losung aus, die Nation im Namen des den Polen teuersten Zieles der Verteidigung einheitlich zusammenzufassen, wir aber müssen uns offen sagen, daß diese Losung nicht verfangen hat. Und warum? Weil sich in Polen die Herrschaft verschiedener Maffien ausgebreitet hat. Niemand glaubt heute in Polen dem anderen, niemand glaubt mehr an die schönsten und edelsten Losungen. Jeder fürchtet sich, er könnte unter der Vorspiegelung schöner Losungen in eine Organisation hineingezogen werden, die ein Werkzeug in der Hand einer organisierten Maffia ist und ihrerseits womöglich unter dem Einfluß einer fremden Agentur steht.

Soll nun eine wirkliche Konsolidierung eintreten, so muß daher die politische Atmosphäre Polens gereinigt werden. Alle Maffien müssen ausgerottet werden, genau so, wie alle Verbrechen in der Verwaltung.

Die Herren Minister Poniatowski und Koscialkowski haben nichts gegen die Freimaurer-Organisationen. In dieser Ueberzeugung bestärkt mich eine Notiz in der Presse, wonach Herr Stempowski nach meiner Interpellation seine Entlassung beantragt und der Herr Minister Poniatowski dieses Entlassungsgesuch nicht angenommen habe. Dieses und die Tatsache, daß auch der Herr Minister Koscialkowski in bezug auf Herrn Skokowski keine Folgerungen gezogen hat, bestärken mich in der Ueberzeugung, daß diese beiden Minister entgegen den geltenden Gesetzen nichts gegen die geheimen Freimaurer-Organisationen in Polen einzuwenden haben.

Wie kann ich daher Vertrauen zu Ministern haben, die das Recht nicht hüten, die wegen Begünstigung geheimer Maffien vor Gericht gezogen werden müßten. Ich kenne die unteren Schichten der Legionäre. Sie haben genug an der Herrschaft der Maffia und der mit dieser Herrschaft verbundenen Not. Sie haben genug von der Ausbeutung, die von gewissen Sphären im Namen demo-liberaler Losungen am polnischen Volke geübt wird."

Nach der Rede des Abgeordneten Dudzinski ergriff Ministerpräsident S k l a d = k o w s k i das Wort. In kurzer Ausführung gab er zunächst eine Darstellung der Geschichte der geheimen Freimaurerbewegung in Europa und in Polen und erklärte danach, daß er persönlich ein Gegner der Tätigkeit der geheimen Organisationen sei und sie für schädlich erachte. Danach lenkte der Ministerpräsident die Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß diese Frage im Laufe der 32 Regierungen, die Polen vor ihm gehabt hat, und sogar zu Zeiten der Regierung des Marschall Pilsudski, der mit aller Entschlossenheit die Einflüsse fremder Agenturen bekämpfte, nie in dieser Form in der Oeffentlichkeit behandelt worden sei und nie eine solche Schärfe wie unter der jetzigen Regierung erfahren habe. Daß das früher nicht geschehen sei, erklärte der Ministerpräsident damit, daß es in Polen bei weitem mehr Aufgaben von größerer Wichtigkeit, die der Lösung harrten, gegeben hat, als diese Frage. Am Ende seiner Erklärungen zitierte der Ministerpräsident die Ausführungen des verstorbenen W. Koskowski zum Thema der Freimaurerei durch Verlesung einiger Abschnitte aus dessen Aufsätzen und gab die Versicherung ab, daß er die geheimen Organisationen bekämpfen und sich ihnen immer entgegenstellen werde.

Nach Ministerpräsidenten Skladkowski sprach der Abgeordnete Budzynski, der in längerer Rede die Tätigkeit der Freimaurerei, insbesondere in Polen, charakterisierte. Als Schlußfolgerung seiner Darlegungen schlug der Redner eine Resolution vor, die die Regierung aufforderte, ein G e s e t z z u r B e k ä m p f u n g d e r F r e i m a u r e r e i e i n z u b r i n g e n.

Nach diesem scharfen Vorstoß im Sejm begann sich endlich die breitere Oeffentlichkeit in Polen für diese Frage lebhafter zu interessieren. Im Mai 1938 wurde in Warschau eine Zentralstelle zur Bekämpfung der Freimaurerei gegründet, deren Aufgaben sich laut „Czas" folgendermaßen umreißen lassen:

„1. Informierung der Presse und Oeffentlichkeit über die Gesamtheit der Erscheinungen, die mit dem Wesen der Organisation und der Tätigkeit der Freimaurerei verbunden ist.

2. Konzentrierung der Arbeit von Sachverständigen, denen die Quellenarbeit über diese Fragen in einer Institution erleichtert werden soll sowie

3. Schaffung rationeller Arbeitsmethoden (Aufgabenteilung, Zusammenarbeit, Zugänglichmachung der Quellen usw.).

An der Spitze der antifreimaurerischen Zentralstelle steht Dr. K. M. Morawski. Außer ihm gehören dem Vorstand an: Abgeordneter Budzynski und Redakteur Braun. Zum Redaktionsausschuß der Institution gehört eine ganze Reihe von interessierten Personen, die „einen breit gespannten Fächer von Anschauungen vertreten".

Die Agentur wird alle zwei Wochen ein Antifreimaurerisches Bulletin ausgeben, dessen Zweck es sein wird, die Presse mit gutem Nachrichtenmaterial zu versorgen.

Außer der Herausgabe eines Presse-Nachrichtendienst wird die antifreimaurerische Zentralstelle in zweierlei Richtung tätig sein: a) auf theoretischem und b) auf praktischem Gebiet, wobei die erste Tätigkeit ein möglichst weit gespanntes Gebiet von Studien, die zweite dagegen das Gebiet der Propaganda umfassen wird. Die Studien werden sich in zwei grundsätzliche Fächer gliedern: in physiologisch-historische Forschungen über den Okkultismus, über mystische Doktrinen und über die Geschichte von Geheimbünden und zweitens in politisch-organisatorische Arbeiten (Forschungen über die Tätigkeit und den organisatorischen Aufbau der Logen im allgemeinen und der polnischen Logen im besonderen).

Aehnlich wird auch die Propaganda ein Gebiet spezieller Veröffentlichungen umfassen sowie danach trachten, in unmittelbare Berührung mit der Oeffentlichkeit im Wege der Organisierung von Veranstaltungen, öffentlichen Vorträgen usw. zu gelangen."

Die erste konkrete Aeußerung der Tätigkeit der antifreimaurerischen Zentralstelle war eine öffentliche Massenkundgebung im „Katholischen Haus" in Warschau. Ueber der Bühne war ein Spruch: „Vernichte die Freimaurerei — rette Polen" zu beiden Seiten eines großen Schwertes, das den Davidsstern spaltet, angebracht. Der Saal war überfüllt von einigen 1000 Teilnehmern, vor allem von der Jugend der „Falanga", des Nationalen Lagers und anderer Rechtsverbände. Auf der Versammlung wurden folgende Thesen aufgestellt:

„1. Die Freimaurerei ist eine jüdische Einrichtung, die den Zielen des internationalen Judentums dient.

2. Die Freimaurerei ist ausgesprochen antikirchlich und antikatholisch.

3. Um die Kirche zu vernichten, vereinigt die Freimaurerei in ihren Reihen sowohl Kapitalisten, wie Sozialisten, Monarchisten und Republikaner. Dadurch, daß ein Freimaurer vom anderen nichts wisse, ist es möglich, die extremsten Richtungen unter einen Hut zu bringen.

4. Die Freimaurerei verherrlicht scheinbar den menschlichen Verstand, bezweckt aber in Wirklichkeit die Entfesselung der niedrigsten Instinkte in den Massen, die sie systematisch demoralisiert.

6. In der Theorie verkündet die Freimaurerei die Achtung jeder Ueberzeugung, in der Praxis dagegen wird eine rücksichtslose Diktatur angewandt (Sowjetrußland).

6. Die Freimaurerei unterstützt den Nationalismus solange, als dieser sich gegen die Kirche wendet, im Gegenfall wendet sie die schärfsten Mittel gegen ihn an.

7. Die Freimaurerei hat die Unabhängigkeitsbewegung in Polen übel beeinflußt und gelähmt, als diese den Wünschen der Freimaurer nicht entsprach.

8. Die Einflüsse der Freimaurerei in Polen sind sehr bedeutend, denn hinter ihr steht die 4-Millionenmasse des Judentums in Polen, für die die Freimaurerei eigentlich arbeitet.

9. Die Freimaurerei ist überall dort stark geworden, wo sie die Einflüsse der katholischen Kirche untergraben konnte. Dort aber, wo die Freimaurerei regiert, droht den Völkern und Staaten eine Katastrophe und die Unfreiheit. Kampf gegen das Freimaurerwesen ist Kampf um Christus und um die Zukunft der Nation in Christo. Dieser Kampf hat nun begonnen."

Abgeordneter Dudzinski eröffnete die Versammlung und wies darauf hin, daß Polen gegenwärtig eine interessante historische Zeit erlebe. Die polnische Nation befinde sich im Umbruch. Alle Schlüsselstellungen seien bis dahin noch von Freimaurern besetzt. Um selbstherrlich zu regieren, breche die Freimaurerei Familienbande, vernichte den Besitzstand, das Eigentum und endlich das Volk. Das bei der Regierung beantragte Antifreimaurer-Gesetz werde das „Gericht über die Freimaurerei" sein, durch welches die polnische Nation die Freimaurerei im offenen Kampf besiegen werde. Durch Gesetz werde gefordert werden, daß jeder Freimaurer, unbekümmert um seine Stellung und seine Einflüsse aus seiner Position verschwindet. Ferner werde den Freimaurern das ganze Vermögen genommen, das sie in Polen verdient haben, weiter werde das Gesetz ihnen die Bürger- und Staatsangehörigkeitsrechte nehmen. Sofern dieses Gesetz verwirklicht wird, sei die gänzliche Liquidation der Freimaurerei in Polen nicht mehr fern.

Der zweite Redner Babinski warf den Freimaurern schwere Anklagen vor. Er klagte öffentlich die Bank Handlowy w Warszawie (Warschauer Handelsbank — das größte private Bankinstitut in Polen) deswegen an, weil es einer der Hauptstützpunkte der Freimaurerei sei. Alle wichtigen Posten in dieser Bank würden von Freimaurern besetzt gehalten. (Bekanntlich ist der Vorgänger des polnischen Außenministers Beck, Graf Zaleski, Präsident dieser Bank und der Generaldirektor, ein gewisser Mieczyslaw Hofmann, wurde vor kurzem in einer öffentlichen Rede des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Finanzministers Kwiatkowski deswegen angeprangert, weil er in den kritischen Tagen des polnischen Ultimatums an Litauen das Ansehen des Staates schädigenden Kreditrestriktionen verfügt hat.) Anschließend verlas der Redner Stellen aus dem Talmud, und beschrieb die Affären Stawiski, Barmat und der Belgischen Nationalbank als mit der Freimaurerei in engstem Zusammenhang stehend.

Als dritter Redner sprach Redakteur Braun (von der Zeitschrift „ZET"). Er behandelte die Eidesformel, die Geheimnisse und die Racheakte der Freimaurerei und verlas den Antrag, den Universitätsprofessor Wolffe als Großmeister der Loge und die Professoren Groszkowski und Rolinski von ihren Lehrstühlen zu entfernen. Der Antrag wurde mit großem Beifall angenommen.

Abgeordneter Dudzinski schloß die Versammlung mit der Erklärung, das Jahr 1940 werde eine Umwälzung bringen. Zu diesem Zeitpunkt (Neuwahl des Sejm und Senats) muß die Volksgemeinschaft organisiert sein. Er forderte zur Lektüre der Publikationen und der antifreimaurerischen Presse auf und verlangte raschesten Beschluß des Antifreimaurergesetzes und seine kompromißlose Durchführung.

Wie aus der bisherigen Entwicklung der Antifreimaurer-Aktion in Polen entnommen werden kann, sind es weniger die internationalen Zusammenhänge, die Gegenstand der Angriffe gegen die Geheimlogen sind. In den Vordergrund gerückt ist vielmehr die Anklage auf Geheimbündelei mit dem Ziel der Beherrschung des Staates und der wichtigen Aemter durch die zahlenmäßig kleine Gruppe der Logenangehörigen. Geht man näher auf die Frage ein, welcher politischen, beziehungsweise parteimäßigen Einstellung die Personen zuzurechnen sind, die sich zu Bannerträger des Kampfes gegen die Freimaurerei gemacht haben, so kann man feststellen, daß außer einer Reihe rechtsstehender Publizisten einige Abgeordnete an diesem Feldzug aktiv beteiligt sind, die nach den letzten Auseinandersetzungen im „Lager der Nationalen Einigung" der Regierung

die Gefolgschaft aufgesagt haben und in halber Oppositionsstellung zwischen dem rechten Flügel der herrschenden Richtung und den offenen Regierungsgegnern der Nationalen Rechten stehen. Aus den Aeußerungen, die auf der Warschauer Versammlung gefallen sind, kann man entnehmen, daß diese Politiker den siegreichen Flügel des Regierungslagers unter freimaurerischem Einfluß, wenn nicht gar unter freimaurerischer Führung wähnen. Neben den öffentlich angeprangerten Mitgliedern der Logen werden in Flüsterparolen die „Naprawa-Leute" in der Regierung und in der Verwaltung sowie die führenden Köpfe der „Morgesfront" und bäuerlichen Volkspartei im Zusammenhang mit dem Freimaurerwesen gebracht. Versteht man die kürzlichen Ausführungen der Abgeordneten Dudzinski und Budzyński richtig, so gäbe es mehrere Richtungen unter den Freimaurern in Polen, die aber vereint danach streben, auf die Besetzung der höchsten Staatsposten im Wahljahr 1940 weitgehenden Einfluß zu erlangen.

Was bis dahin „geflüstert", wird in diesen Tagen durch eine hochstehende politische Persönlichkeit in der Wochenschrift „Polityka" offen ausgesprochen. In einem mit L. K. gezeichneten, außerordentlich aufschlußreichen Aufsatz dieser Zeitschrift, hinter dem man den früheren polnischen Ministerpräsident Leon Kozlowski, einen der engsten Freunde des vor kurzem neugewählten Sejmmarschalls, Oberst Slawek vermutet, heißt es einleitend:

„In verschiedenen Ländern ist durch die nationale Bewegung die Stellung der Freimaurerei stark erschüttert worden, in Italien durch den Faschismus, in Deutschland durch den Nationalsozialismus, in Spanien durch den General Franco und in Polen durch das politische Werk Pilsudskis, insbesondere durch die Aprilverfassung, die kurz vor dem Tode des Marschalls rechtskräftig geworden war. In Polen bestehen drei freimaurerische Gruppen: 1. der „Große Osten", 2. die sogenannten Logen schottischer Observanz und 3. die jüdischen Logen „Juda-Juda". Der „Große Osten" hat seinen Sitz in Frankreich und ist engstens mit der Volksfront verbunden. Das Verzeichnis der polnischen Mitglieder des „Großen Osten" enthält 360 Namen, die die „Elite" in den polnischen Oppositionsparteien bilden. . ."

Der Verfasser nennt dann unter den Namen den Hauptschriftleiter des deutschfeindlichen Hetzblattes „Kurjer Warszawski", Stronski, ferner den in Paris wirkenden General Wl. Sikorski und den ehemaligen Ministerpräsidenten Paderewski, die bekanntlich beide in der grundsätzlich deutschfeindlichen „Front Morges" den Ton angeben. Aufgeführt werden ferner führende Persönlichkeiten der bäuerlichen Volkspartei wie der frühere Sejmmarschall Rataj, Professor Kot und andere.

Allen drei Logenorganisationen, die sich in Polen betätigen, ist eines gemeinsam, nämlich die Ablehnung der Außenpolitik des Obersten Josef Beck im Sinne des politischen Testaments Marschall Pilsudskis und der Haß gegen Deutschland. Dem Verfasser des Aufsatzes scheint es klar, daß eine Verständigung der Regierung mit den oppositionellen Gruppen solange unmöglich sei, wie die 360 Namen im Katalog des „Großen Osten" stehen. Das politische Ziel der Logen in Polen sei die Errichtung einer Volksfrontregierung nach dem französischen, rotspanischen und tschechischen Muster.

Die rechtsradikale Jugendorganisation „Falanga", die sich — wie bekannt — für eine radikale Lösung der Judenfrage einsetzt und in den Einflüssen der Freimaurerei das wesentliche Hemmnis bei der Durchführung des Judenprogramms erblickt, behauptet, daß die führenden Männer der polnischen Freimaurerlogen auch den linken Flügel des von der Regierung geförderten „Lagers der Nationalen Einigung" beherrschen. Sie belegen ihre Behauptung u. a. damit, daß dieses Lager zur Dämpfung der allgemeinen Erregung gegen die Judenwirtschaft im Lande wohl formell ein Programm zur Lösung der Judenfrage aufgestellt hätte, aber nur zu dem Zweck, den judenfeindlichen Rechtskreisen den Wind aus den Segeln zu nehmen, in Wirklichkeit aber nicht daran dächten, dieses Programm systematisch durchzuführen. Hierin erblicken sie eine unmittelbare Beeinflussung durch die polnischen Freimaurer-Organisationen und verlangen rascheste Liquidierung des Freimaurertums durch radikalste Mittel, damit von dieser Seite endlich eine Beeinflussung der Regierung bei der endgültigen Lösung der Judenfrage ausgeschaltet wird.

# Selbsthilfe der Ukrainer in Polen

Nach zwei Gesichtspunkten unterscheidet sich die Lage der ukrainischen Volksgruppe in Polen von der aller anderen Volksgruppen dieses Staates sowohl wie Osteuropas überhaupt: mit 5 bis 6 Millionen Angehörigen ist sie die zahlenmäßig weitaus größte aller Gruppen. Sie stellt ferner den Teil eines Volkes dar, das trotz seiner großen Zahl (35 bis 40 Millionen im geschlossenen Siedlungsraum) heute noch keinen eigenen Staat besitzt.

Aus diesem Grunde sind die Ukrainer in Polen mehr noch als andere Volksgruppen, die einen Staat eigenen Volkstums als machtpolitischen Rückhalt hinter sich wissen, auf die Selbsthilfe als die einzige Waffe angewiesen, mit der sie hoffen können, den Behauptungskampf siegreich zu führen. Hierbei kommt ihnen zugute, daß sie, im Gegensatz etwa zu den Deutschen in Polen, im geschlossenen Siedlungsgebiet wohnen mit nur geringfügigen fremdvölkischen Beimischungen, von denen die polnische und die jüdische Gruppe zahlenmäßig und an politischem und wirtschaftlichem Einfluß die wichtigsten sind.

Das Rückgrad der ukrainischen Politik der Selbsthilfe sind die bereits in der Vorkriegszeit gegründeten Genossenschaften, die jedoch erst nach dem Kriege jenen bekannten Aufschwung nahmen, der ein steter Gegenstand der Beunruhigung und Sorge für die polnische Oeffentlichkeit ist.

Der einzelne ukrainische Kleinbauer (60,5 v. H. der Wirtschaften Ostgaliziens besitzen weniger als 2 Hektar, 29,8 v. H. besitzen 2 bis 5 Hektar; zusammen also 90,3 v. H. kaum lebensfähiger Zwergwirtschaften) vermag sich gegen die verschiedenen ihm drohenden Gefahren allein nicht zu schützen: die chronisch gedrückten wirtschaftlichen Verhältnisse Polens, zumindest Ostpolens, machen es ihm unmöglich, Rücklagen oder Betriebsverbesserungen vorzunehmen. Er bleibt daher in einer Lage, die ihn für jede wirtschaftliche Erschütterung (Preissturz, Ernteverluste, Unglücksfälle) außerordentlich empfindlich erhält und dem Andrängen der polnischen Banken, polnischen landwirtschaftlichen Organisationen und der Kreditgewährung des Juden gegenüber hilflos macht. Aus dieser Tatsache erklärt sich die Bedeutung, die die ukrainische Volksführung dem Aufbau des Genossenschaftswesens mit Recht zulegt, das in den Nachkriegsjahren einen schnellen und anscheinend doch gesunden Aufschwung nahm. Die bisher auf diesem Gebiete erzielten Ergebnisse zeigen. gerade weil es sich um ein wirtschaftlich schwaches, ausschließlich auf sich selbst gestelltes Kleinbauernvolk mit dünner Mittel- und Oberschicht handelt, die der völkischen Selbsthilfe innewohnende Kraft.

Während der Teil der ukrainischen Bevölkerung, der sich in eigenen ukrainischen Genossenschaften organisieren darf (nur Ostgalizien ohne Wolhynien mit Cholmerland und Polesien) lediglich etwa 10 v. H. der Staatsbevölkerung beträgt, gehören 27 v. H. aller in Polen bestehenden Genossenschaften zum Ukrainischen Revisionsverband in Lemberg (RSUK). Nach Abzug der zahlreichen deutschen und jüdischen Genossenschaften Polens würde sich das Verhältnis noch weiter zu Ungunsten des polnischen Staatsvolkes verschieben.

Die „Genossenschaftsdichte" ist daher im ukrainischen Ostgalizien unvergleichlich viel höher als im übrigen Polen: Auf eine Genossenschaft entfallen hier 1 200 bis 1 600 Einwohner, während in der Ursprungslandschaft des polnischen Genossenschaftswesens, der Wojewodschaft Krakau, auf eine Genossenschaft 2 900 Einwohner kommen. (Wojewodschaft Warschau 3 500, Lodz 5 200). Während die Zahl der nationalen polnischen, mit staatlicher Unterstützung arbeitenden Genossenschaften in den Jahren 1933 bis 1936 um etwa 200 zurückging, nahm die Zahl der Genossenschaften des RSUK (abzüglich der 1934 abgetrennten Genossenschaften außerhalb Galiziens) in dieser Zeit um 170 auf 2 968 zu. Inzwischen stieg die Zahl auf 3 194 am 15. Juni 1937.

Die verschiedenen Genossenschaftsarten erfassen fast alle Gebiete des wirtschaftlichen Lebens der Volksgruppe. Mit 2 178 (15. Juni 1937) führen die ländlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften; es folgen Kreditgenossenschaften, städtische Konsumvereine, die wirtschaftlich sehr wichtigen Molkereigenossenschaften (139) und eine lange Reihe anderer Typen. Sie sind zusammengefaßt in vier Hauptgruppen, die Narodna Torhowla, für Ein- und Verkaufsgenossenschaften, den Maslosojus für die Molkereigenossenschaften, den Zentrosojus für die städtischen Genossenschaften und den Banksojus für Kreditgenossenschaften. Diese wiederum sind in den RSUK zusammengeschlossen. Schon Anfang 1936 betrug die Mitgliederzahl 526 000, darunter etwa 480 000 Landwirte. Nach

Aeußerungen von ukrainischen Genossenschaftsführern ist es das Ziel der Bewegung, zwei Drittel der ukrainischen Bevölkerung in der genossenschaftlichen Gliederung zu erfassen. Diesem Ziel ist man demnach bereits recht nahe gekommen.

Ein beispielhaftes Bild für die Entwicklung des Genossenschaftswesens gibt der Aufschwung des Maslosojus. Er wurde für die polnische Oeffentlichkeit in den letzten Jahren zum Inbegriff der wirtschaftlichen Ausdehnungskraft des Ukrainertums durch seine zahlreichen Verkaufsstellen, die sich nicht nur im ukrainischen Ostgalizien, sondern auch z. B. in Oberschlesien und anderen Gebieten Polens finden. Die Erzeugnisse des Verbandes sind bekannt durch ihre Güte, Sauberkeit und Normung, drei Eigenschaften, die von den Erzeugnissen der polnischen Verbände trotz besten Strebens nicht immer erreicht werden.

Die Milchanlieferung in den Molkereien des Verbandes stieg von 10,9 Mill. Liter im Jahre 1926 auf 90,6 Mill. Liter 1936. Die Buttererzeugung stieg von 370 000 kg 1926 auf 3 400 000 kg 1936. Die Menge der ins Ausland verkauften Butter nahm von 48 000 kg 1926 auf 616 000 kg 1936 zu. Sie stellt trotz der ungünstigen Lage Ostgaliziens zu den Hauptabsatzländern Deutschland und England einen Anteil von 10 bis 20 v. H. der gesamten polnischen Butterausfuhr dar. Der Erlös der Verbandsmolkereien betrug 1936 11,14 Mill. Zl.

Diese Erfolge konnten trotz der Maßnahmen der Behörden erzielt werden, von denen die folgenschwerste die durch Gesetz 1934 erzwungene Abtrennung von etwa 400 ukrainischen Genossenschaften des nicht galizischen Gebiets und ihre Ueberführung in einen der polnischen Revisionsverbände war. Hinzu kommen die allerdings vergeblichen Versuche, in Ostgalizien selbst eine vom Staat abhängige Genossenschaftsorganisation, den „Ruthenischen Prüfungsverband" mit etwa 200 Mitgliedsgenossenschaften in den ukrainischen Dörfern zu entwickeln.

Eine andere entscheidende Behinderung für die Ausdehnung des Genossenschaftswesens ist die Kapitalarmut der Genossenschaften. Während pro Kopf des ukrainischen Genossenschaftsmitglieds ein Kapitalbetrag von 17 Zl. entfällt, erreicht er bei den nationalpolnischen bereits 49 Zl. (dieser Betrag ist außerdem der Staatsdurchschnitt) und bei den deutschen Genossenschaften 213 Zl.

Die Auswirkung dieses Erfolges ist neben der Unabhängigkeit des ukrainischen Bauern und Gewerbetreibenden vom städtischen polnischen Kapital, vor allem die Befreiung vom Juden, der monopolartig den gesamten Handel beherrscht, den Bauern vom Markt trennt und ihn damit einer ausweglosen Preisdiktatur unterwirft.

Die Genossenschaften allein ermöglichen ferner der ukrainischen Volksführung eine zielbewußte Bodenpolitik. Nach polnischen, vielleicht etwas übertriebenen Angaben erwarben die Ukrainer in den Jahren 1920 bis 1934 in Ostgalizien 760 000 Hektar aus polnischer oder jüdischer Hand. Verkäufe von ukrainischem Land an Fremde dagegen sind selten. Selbst bei der vorwiegend zu Polonisierungszwecken durchgeführten Aufteilung des Großgrundbesitzes haben die Ukrainer von 1930 bis 1937, größtenteils durch Rückkäufe vom ursprünglichen, meist polnischen Siedler, 213 000 Hektar erworben, die Polen dagegen nur 96 000 Hektar.

Als letzte Auswirkung des Aufschwunges schließlich, und gleichzeitig als eine seiner Voraussetzungen, bietet das Genossenschaftswesen der ukrainischen Intelligenz, der die staatlichen und öffentlichen Berufe verschlossen sind, ein breites und völkisch sehr fruchtbares Betätigungsfeld. Anfang 1936 waren im Genossenschaftswesen insgesamt 12 400 Personen angestellt, darunter ein hoher Anteil von Akademikern und Offizieren der ukrainischen Freiheitsarmee, die beide häufig auch in kleinen Genossenschaften auf dem Lande tätig sind.

So trägt die anspruchslose, vielseitige Organisationsform der Genossenschaft mehr als alle anderen Vereine, Organisationen und Einrichtungen dazu bei, dem nahezu einschichtigen Bauernvolk der Ukrainer eine gesunde widerstandsfähige Gliederung zu geben. Innerhalb dieser Gliederung geht eine Auslese der wirtschafts- und volkspolitisch führenden Kräfte vor sich. Die Genossenschaft legt den Grundstein jeder Volksordnung: Das nachbarliche Einstehen für den Volksgenossen. Sie stärkt die wirtschaftliche Kraft des Einzelnen und der Gesamtheit und ist gleichzeitig das wirkungsvollste Instrument völkischer Erziehung.

Darüber hinaus läßt sich im gesamten öffentlichen und einem großen Abschnitt des privaten Lebens der Ukrainer die Verwirklichung des Grundsatzes der völkischen Selbsthilfe beobachten.

Aus den öffentlichen Sammlungen, die überlieferungsgemäß zu bestimmten Jahreszeiten durchgeführt werden, ergeben sich die vier hauptsächlichsten volkspolitischen Aufgaben:

Im Januar, in den das griechisch-katholische Weihnachtsfest fällt, wird für die Ridna Schkola gesammelt. Dieser 1881 gegründete Verein zur Unterhaltung der privaten ukrainischen Schulen zählte 1938 fast 100 000 Mitglieder mit 2 049 Ortsgruppen (1926 = 21 000 Mitglieder und 337 Ortsgruppen; höchste Zahl vor dem Kriege 1914 = 5 000 Mitglieder, 59 Ortsgruppen). Außer den ukrainischen Privatschulen erhält der Verein die weitverbreiteten Kindergärten (Sadky) (insgesamt 768), in denen vor allem während der Erntezeit auch schulpflichtige Kinder aufgenommen und ukrainisch erzogen werden. (1938 fast 30 000 Kinder). In Erwachsenenkursen wird der tatsächliche und sogenannte politische Analphabetismus bekämpft. Ostern, am höchsten Fest der östlichen Kirche, wird der Ridna Schkola das „Osterei der Ridna Schkola" in allgemeinen Sammlungen dargebracht.

Weitere Mittel fließen der Ridna Schkola und auch anderen politischen Organisationen, wie der Proswita, aus einer freiwilligen, aber weitgehend durchgeführten Selbstbesteuerung von 1 v. H. des Bruttoeinkommens zu. Diese Steuer wird sogar von Polen und mit Vorliebe von Juden erhoben, die in ukrainischen Gemeinden ein Gewerbe ausüben. Der ukrainische Kunde läßt sich zu diesem Zweck von dem Gewerbetreibenden einen Gutschein über die empfangene Zahlung ausstellen, den er bei der Ortsgruppe der Ridna Schkola abgibt. Diese fordert in bestimmten Zeitabschnitten unter Vorlage der bei ihr angesammelten Gutscheine 1 v. H. des Gesamtbetrages bei den Gewerbetreibenden ein. Bei etwaiger Weigerung des „Steuerpflichtigen" wird der Boykott gegen ihn verhängt, der bei der Geschlossenheit des Ukrainertums meist den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Opfers zur Folge hat.

Bei Familienfeierlichkeiten aller Art ist es ferner Sitte, eine Tafel der Ridna Schkola auf den Tisch des Festessens aufzustellen, nach der der für Alkohol, praktisch immer Schnaps, aufzuwendende Betrag von den Gastgebern der Ridna Schkola gestiftet wurde; die Gäste werden daher gebeten, das Fehlen von Alkohol zu verzeihen.

Die Kosten von Familienanzeigen in Zeitungen werden gleichfalls häufig der Ridna Schkola überwiesen, wofür jede Zeitung bereit ist, eine Mitteilung über die Höhe der Spende und ihren Anlaß zu bringen, so daß praktisch das betreffende Ereignis doch angezeigt wird und die Zeitung das Opfer trägt.

Die eine der beiden größten ukrainischen Tageszeitungen, „Nowy Tschas", führt darüber hinaus einen Groschen von dem 15 Groschen betragenden Erlös ihrer im Straßenverkauf abgesetzten Stücke an die Ridna Schkola ab. Bei einem durchschnittlichen Absatz von 2 500 Stück erhält die Ridna Schkola demnach 25 Zl. täglich; zwei bis drei Tageszahlungen stellen das Monatsgehalt eines Lehrers dar.

Im März wird unter der Bezeichnung Kulturfonds oder Buchfonds im Rahmen der Schewtschenko-Feiern für die 1881 gegründete Proswita gesammelt, die eine Zusammenfassung aller kulturellen und volkserzieherischen Vereinigungen des Landes darstellt. Ihre Hauptaufgabe ist die Einrichtung ländlicher Lesehallen, Büchereien, Heime und die Herausgabe von Büchern allgemein bildenden Inhalts. Ihre Hauptvereinigung zählte 1935 31 000 Mitglieder, die einzelnen Lesehallen hatten 275 000 Mitglieder. Sie unterhielt 1935 = 2 900 ländliche Büchereien und 1 300 Heime. Im Dezember, dem Gründungsmonat der Proswita, wird erneut unter der Bezeichnung „Dar Proswiti" für ihre Zwecke gesammelt.

Im Rahmen der Proswita erfolgt auch der Einsatz der ukrainischen Studenten während der Universitätsferien. In Gruppen oder einzeln leiten sie auf den Dörfern Singkreise, Laienspiele und volksbildnerische Veranstaltungen aller Art, vor allem die sogenannten Samooswitniki, die „Selbstbildungsgruppen". Seit dem Jahre 1937 erfolgt der Einsatz auch vor allem in jenem etwa 70 km breiten Gebietsstreifen längs der Sowjetgrenze, der als „polnische Maginot-Linie" gegen den Bolschewismus sich der besonderen Bemühungen der Behörden erfreut und in dem polnische Studenten eine polonisierende Tätigkeit entfalten, die nicht ohne Wirkung bleibt. Vor allem arbeiten polnische Medizinstudenten tatkräftig an der Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse dieser ländlichen Bezirke.

Der zweite Pfingstfeiertag, als der Tag der 1224 gegen die Tataren geschlagenen Schlacht von Kalka, ist der traditionelle Heldengedenktag. Es wird daher zu Pfingsten für die Invaliden der ukrainischen Freiheitskriege gesammelt, von denen nur sehr wenige

staatliche Rente erhalten. Ein Teil des Betrages wird zu Gunsten der politischen Häftlinge verwendet.

Im Oktober schließlich setzt die auch sonst von der Widródschennja (Wiedergeburt) ständig betriebene Bekämpfung des Alkoholverbrauchs in verstärktem Maße ein. Nach der Ernte ist die Versuchung zum Alkoholmißbrauch für den Bauer größer denn je.

Aber nicht nur Ueberlegungen volksgesundheitlicher Art leiten die Tätigkeit dieser Vereinigung und veranlassen fast alle führenden Persönlichkeiten, sich von Zeit zu Zeit öffentlich gegen den Alkohol einzusetzen (unter ihnen in erster Linie die Frauenführerin und Vorsitzende des im Frühjahr 1938 aufgelösten „Bundes der Ukrainerinnen" (Rudnizka), sondern die Absicht ist außerdem, den Staat, der die Schnapserzeugung als Monopol betreibt, wirtschaftlich zu schädigen. Angesichts des außerordentlich hohen Alkoholverbrauchs der übrigen Bevölkerung des Staates, allen voran der polnischen, dürften allerdings die praktischen Auswirkungen dieses „Steuerstreiks" nicht allzu unbequem für den Staat sein. Dagegen ist der erzieherische Wert nicht zu verkennen, der darin liegt, eine große Volksgruppe zur Aufgabe eines Genußmittels aus völkischen Gründen zu veranlassen, das ihr ehemals fast unentbehrlich zu sein schien.

Im weiteren Sinne gehört das gesamte ukrainische Vereinswesen, in dem die Sportverbände einen wichtigen Platz einnehmen, in eine Beschreibung der von den Ukrainern geübten Selbsthilfe. Hier wurden nur die wirkungsreichsten Organisationen und Maßnahmen erwähnt, die doch zugleich den Grundgedanken der völkischen Selbsthilfe am klarsten erkennen lassen: Nachbarliches Füreinandereinstehen. Friedrich Guenther.

# Ostmitteleuropa in der deutschen Einfuhr

Der Wert der Gesamteinfuhr des Deutschen Reiches (alten Umfangs) hat im Jahre 1936 4217,9 Mill. RM. und im Jahre 1937 5468,4 Mill. RM. betragen. Von dieser Gesamteinfuhr sind im Jahre 1936 675,0 Mill. RM. (= 16,0 v. H.) und im Jahre 1937 952,9 v. H. (= 17,4 v. H.) aus den ostmitteleuropäischen Ländern gekommen (siehe „Ostland", Nr. 10/1938, Seite 193). In der deutschen Gesamteinfuhr spielen die einzelnen ostmitteleuropäischen Länder eine durchaus untergeordnete Rolle; ungleich größer ist dagegen die Bedeutung, die den von Deutschland eingeführten Warenmengen im Rahmen der Gesamtausfuhr dieser Länder zukommt. Während diese Warenmengen in der Gesamteinfuhr Deutschlands nur einige wenige Prozente ausmachen, machen sie in der Gesamtausfuhr der ostmitteleuropäischen Länder zum Teil bis zu 30, 40 und mehr v. H. aus. In der nachfolgenden Uebersicht sind die von Deutschland aus den ostmitteleuropäischen Ländern eingeführten Warenmengen, in v. H. der deutschen Gesamteinfuhr und der Gesamtausfuhr der betreffenden Länder, einander gegenübergestellt, und zwar für die Jahre 1936 und 1937.

| Länder | Anteil an der deutschen Gesamteinfuhr (in %) | | Deutschlands Anteil an der Gesamtausfuhr (in %) | |
|---|---|---|---|---|
| | 1936 | 1937 | 1936 | 1937 |
| Finnland | 1,1 | 1,3 | 10,0 | 13,1 |
| Estland | 0,3 | 0,4 | 22,5 | 30,5 |
| Lettland | 0,8 | 0,8 | 30,8 | 35,3 |
| Litauen | 0,2 | 0,3 | 10,8 | 16,5 |
| Polen-Danzig | 1,8 | 1,5 | 14,2 | 14,0 |
| Tschecho-Slowakei | 2,6 | 2,6 | 14,5 | 13,7 |
| Ungarn | 2,2 | 2,1 | 23,1 | 24,1 |
| Rumänien | 2,2 | 3,3 | 20,7 | 20,0 |
| Südslawien | 1,8 | 2,4 | 23,7 | 21,7 |
| Bulgarien | 1,4 | 1,3 | 47,6 | 43,1 |
| Griechenland | 1,4 | 1,4 | 36,4 | 30,5 |

Es zeigt sich also, daß die baltischen Länder, Estland, Lettland und Litauen, mit weniger als 1 v. H. an der deutschen Gesamteinfuhr beteiligt sind, daß die entsprechenden Anteile Finnlands, Polen-Danzigs, Bulgariens und Griechenlands unter 2 v. H. liegen und daß

nur die Anteile der Donauländer, der Tschecho-Slowakei, Ungarns, Rumäniens und Südslawiens, diesen Vomhundertsatz übersteigen. Dagegen ergibt sich ein völlig anderes Bild, wenn man den deutschen Anteil an der Gesamtausfuhr dieser Länder betrachtet: Bei Finnland, Litauen, Polen-Danzig und der Tschecho-Slowakei liegt der Anteil zwischen 10 und 20 v. H., bei Estland, Ungarn, Rumänien und Südslawien zwischen 20 und 30 v. H.; bei Lettland und Griechenland steigt er über 30 und bei Bulgarien sogar über 40 v. H. Deutschland steht unter den Abnehmern der aus den ostmitteleuropäischen Ländern ausgeführten Waren durchweg an erster oder zweiter Stelle.

Erscheint so die Bedeutung, die den ostmitteleuropäischen Ländern im Rahmen der deutschen Gesamteinfuhr zukommt, gering, so verschiebt sich das Bild nicht unwesentlich, wenn man die Anteile dieser Länder an der deutschen Einfuhr in bestimmten Warengattungen betrachtet. Da zeigt es sich nämlich, daß Deutschland in einzelnen Warengattungen ganz erhebliche Anteile aus diesen Ländern bezieht. Das trifft für gewisse Nahrungsmittel und Rohstoffe zu. Aus der nachfolgenden Uebersicht ist ersichtlich, mit welchen Mengen an einer Reihe wichtiger Warengattungen die einzelnen ostmitteleuropäischen Länder an der deutschen Gesamteinfuhr in diesen Warengattungen beteiligt sind (in Mill. RM.):

| Warenbezeichnung | Deutschlands Gesamteinfuhr | | davon aus: Finnland | | Estland | | Lettland | | Litauen | | Polen | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1936 | 1937 | 1936 | 1937 | 1936 | 1937 | 1936 | 1937 | 1936 | 1937 | 1936 | 1937 |
| Schweine | 33,3 | 42,2 | — | — | 2,4 | 1,1 | 4,2 | 3,1 | 1,9 | 2,7 | 4,4 | 5,0 |
| Butter | 97,7 | 115,0 | 6,3 | 6,5 | 5.1 | 6,1 | 6,7 | 8,5 | 1,2 | 2,7 | 0,7 | 2,2 |
| Fleisch und Fleischwaren | 86,1 | 79,8 | 0,5 | 0,9 | — | — | 0,1 | 0,1 | 0,9 | 1,1 | 6,2 | 10,1 |
| Schmalz und Talg | 24,0 | 24,8 | — | — | — | — | — | 0,1 | 0,2 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| Eier, Eiweiß, Eigelb | 75,8 | 94,0 | 3,0 | 3,1 | 1,2 | 1,6 | 0,1 | 0,4 | 0,2 | 0,6 | 1,3 | 1,7 |
| Weizen | 7,0 | 156,2 | — | — | — | — | 0,1 | — | — | — | 0,4 | 0,4 |
| Roggen | 2,9 | 23,2 | — | — | — | — | — | — | — | — | 2,3 | 2,5 |
| Futtergerste | 2,5 | 5,6 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Mais | 10,0 | 178,0 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Nichtölhaltige Sämereien | 22,3 | 23,7 | — | 0,1 | — | — | 0,8 | 2,7 | — | 1,0 | 0,9 | 0,9 |
| Hülsenfrüchte | 25,9 | 38,3 | — | — | — | — | 0,8 | 0,3 | 0,3 | 0,2 | 0,5 | 1,0 |
| Obst (außer Südfrüchten) | 96,6 | 97,5 | 0,6 | 0,8 | — | — | 0,2 | 0,1 | 0,3 | 0,1 | 0,4 | 0,4 |
| Rohtabak | 127,0 | 132,0 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Flachs, Hanf, Hartfasern u. dergl. roh u. bearb. sowie Gespinste dar. | 98,9 | 133,2 | 0,5 | 0,7 | 1,4 | 3,2 | 3,0 | 3,6 | 0,5 | 0,6 | 0,8 | 0,5 |
| Felle und Häute | 176,8 | 235,6 | 1,9 | 2,1 | 0,3 | 1,1 | 0,7 | 1,2 | — | 0,3 | 0,2 | 0,6 |
| Bettfedern | 23,9 | 31,9 | — | — | — | — | — | — | — | — | 0,8 | 0,7 |
| Holz zu Holzmasse, Bau- u. Nutzholz | 206,1 | 239,7 | 18,2 | 32,9 | 0,9 | 3,9 | 12,8 | 20,7 | 1,0 | 2,2 | 15,6 | 16,5 |
| Holzmasse, Zellstoff | 16,2 | 21,8 | 3,1 | 4,2 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Mineralöle | 169,2 | 190,2 | — | — | — | 1,6 | — | — | — | — | 0,3 | 0,2 |
| Bleierze | 14,7 | 24,6 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Bauxit, Kryolith | 20,1 | 27,4 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |

| Warenbezeichnung | davon aus: Tschecho-slowakei | | Ungarn | | Rumänien | | Jugo-slawien | | Bulgarien | | Griechen-land | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1936 | 1937 | 1936 | 1937 | 1936 | 1937 | 1936 | 1937 | 1936 | 1937 | 1936 | 1937 |
| Schweine | — | 0,1 | 0,9 | 2,5 | 0,5 | 1,7 | 1,2 | 4,4 | 1,1 | 1,9 | — | — |
| Butter | 0,2 | 0,3 | 2,9 | 4,0 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Fleisch und Fleischwaren | 0,1 | 0,2 | 22,6 | 9,8 | 5,7 | 3,4 | 9,7 | 7,7 | 5,4 | 5,6 | — | — |
| Schmalz und Talg | — | — | 5,1 | 7,7 | — | — | 2,3 | 3,5 | 0,9 | 1,4 | — | — |
| Eier, Eiweiß, Eigelb | — | — | 2,0 | 2,9 | 1,0 | 3,1 | 3,2 | 4,5 | 12,5 | 12,3 | — | — |
| Weizen | — | 6,1 | — | — | — | 6,1 | — | 26,2 | — | 3,0 | — | — |
| Roggen | — | — | — | — | — | 8,2 | — | — | — | — | — | — |
| Futtergerste | — | — | — | — | — | 4,2 | — | — | — | — | — | — |
| Mais | — | — | 0,3 | 8,5 | 0,2 | 39,9 | 0,3 | 10,2 | — | — | — | — |
| Nichtölhaltige Sämereien | 2,1 | 2,0 | 6,4 | 7,7 | 2,8 | 1,4 | 0,5 | 0,3 | 0,1 | 0,1 | — | — |
| Hülsenfrüchte | 0,2 | 0,1 | 2,7 | 4,1 | 3,0 | 4,5 | 0,3 | 1,1 | — | 1,6 | — | — |
| Obst (außer Südfrüchten) | 0,9 | 1,3 | 3,3 | 3,1 | 3,8 | 6,4 | 5,8 | 6,6 | 10,5 | 13,5 | 0,8 | 0,2 |
| Rohtabak | — | — | 0,1 | 0,1 | — | — | 0,5 | 0,4 | 20,0 | 21,9 | 36,9 | 40,2 |
| Flachs, Hanf, Hartfasern u. dergl. roh u. bearb. sowie Gespinste dar. | 4,4 | 4,9 | 2,6 | 1,7 | — | — | 7,8 | 9,9 | 0,3 | 0,1 | — | — |
| Felle und Häute | 2,7 | 2,6 | 0,1 | 0,1 | 0,3 | 7,7 | 5,6 | 1,6 | 1,9 | 3,3 | 5,4 | 3,4 |
| Bettfedern | 0,8 | 1,2 | 7,1 | 11,5 | 2,4 | 3,8 | 3,8 | 5,5 | — | — | — | — |
| Holz zu Holzmasse, Bau- u. Nutzholz | 30,0 | 33,1 | 0,6 | 1,5 | 9,2 | 12,0 | 8,3 | 15,2 | — | 0,1 | — | 0,1 |
| Holzmasse, Zellstoff | 1,3 | 3,3 | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Mineralöle | 0,1 | 0,1 | — | — | 53,1 | 39,6 | — | — | — | — | — | — |
| Bleierze | — | — | — | — | — | — | 3,3 | 7,1 | — | — | — | — |
| Bauxit, Kryolith | — | — | 6,4 | 8,5 | — | — | 3,3 | 7,3 | | — | 0,5 | 1,4 |

In der folgenden Uebersicht ist noch einmal zusammengefaßt, mit welchen Mengen (in Mill. RM. und in %) die ostmitteleuropäischen Länder insgesamt an der deutschen Einfuhr in den erwähnten Warengattungen beteiligt sind:

| Warenbezeichnung | Deutschlands Gesamteinfuhr | | davon aus Ostmitteleuropa | | Anteil Ostmitteleuropas an Deutschlands Gesamteinfuhr (in %) | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 1936 | 1937 | 1936 | 1937 | 1936 | 1937 |
| Schweine | 33,3 | 42,2 | 16,6 | 22,5 | 50,0 | 53,3 |
| Butter | 97,7 | 115,0 | 23,1 | 30,3 | 24,9 | 26,4 |
| Fleisch und Fleischwaren | 86,1 | 79,8 | 51,2 | 41,0 | 59,5 | 51,4 |
| Schmalz und Talg | 24,0 | 24,8 | 8,6 | 12,9 | 36,0 | 52,0 |
| Eier, Eiweiß, Eigelb | 75,8 | 94,0 | 24,5 | 30,2 | 32,3 | 32,1 |
| Weizen | 7,0 | 156,2 | 0,5 | 41,8 | 7,1 | 26,7 |
| Roggen | 2,9 | 23,2 | 2,3 | 10,7 | 79,3 | 46,1 |
| Futtergerste | 2,5 | 5,6 | — | 4,2 | — | 75,0 |
| Mais | 10,0 | 178,0 | 0,8 | 58,6 | 8,0 | 33,0 |
| Nichtölhaltige Sämereien | 22,3 | 23,7 | 13,6 | 16,3 | 60,0 | 70,0 |
| Hülsenfrüchte | 25,9 | 38,3 | 7,8 | 12,9 | 30,1 | 33,7 |
| Obst (außer Südfrüchte) | 96,6 | 97,5 | 26,6 | 32,5 | 27,5 | 33,3 |
| Rohtabak | 127,0 | 132,0 | 57,5 | 62,6 | 45,3 | 47,4 |
| Flachs, Hanf usw. | 98,9 | 133,2 | 21,3 | 25,2 | 21,5 | 18,9 |
| Felle und Häute | 176,8 | 235,6 | 19,0 | 24,1 | 10,7 | 10,2 |
| Bettfedern | 23,9 | 31,9 | 15,0 | 23,7 | 62,8 | 73,3 |
| Holz zu Holzmasse, Bau- und Nutzholz | 206,1 | 239,7 | 96,6 | 138,2 | 46,9 | 57,6 |
| Holzmasse, Zellstoff | 16,2 | 21,8 | 4,4 | 7,5 | 27,1 | 34,4 |
| Mineralöle | 169,2 | 190,2 | 53,5 | 41,5 | 31,6 | 21,8 |
| Bleierze | 14,7 | 24,6 | 3,3 | 7,1 | 22,4 | 28,4 |
| Bauxit, Kryolith | 20,1 | 27,4 | 10,2 | 17,2 | 57,0 | 62,8 |

Demnach hat Deutschland *mehr als die Hälfte* der betreffenden Warengattungen *aus den ostmitteleuropäischen Ländern* eingeführt bei Schweinen, Fleisch und Fleischwaren, bei Schmalz und Talg, bei Roggen und Futtergerste, bei nichtölhaltigen Sämereien, bei Bettfedern, bei Bau- und Nutzholz und bei Bauxit und Kryolith. Bei folgenden Warengattungen sind diese Länder an der deutschen Einfuhr mit einem *Drittel* und mehr beteiligt gewesen: Eier, Mais, Hülsenfrüchte, Obst, Rohtabak, Holzmasse und Zellstoff. Auch bei den übrigen aufgeführten Warengattungen hat der ostmitteleuropäische Anteil an der deutschen Einfuhr zumeist mehr als ein Fünftel betragen. Es zeigt sich also, daß *Ostmitteleuropa*, so gering auch seine Beteiligung an der deutschen Gesamteinfuhr ist, *in der deutschen Nahrungsmittel- und Rohstoffeinfuhr eine recht ansehnliche Rolle* spielt.

Dabei ist es interessant, zu beobachten, daß sich *die Ausfuhr der einzelnen ostmitteleuropäischen Länder nach Deutschland im wesentlichen auf einige wenige Warengattungen konzentriert*. So hat *Finnland* im Jahre 1937 für 70,1 Mill. RM. nach Deutschland ausgeführt; davon entfällt allein auf Holz mehr als die Hälfte. Die hauptsächlichsten Waren, die *Estland* nach Deutschland auszuführen hat, sind Butter, Flachs und Hanf gewesen (13,2 von 23,7 Mill. RM.). In der Ausfuhr *Lettlands* nach Deutschland haben Holz, Butter, Flachs und Schweine mit mehr als sieben Neuntel an der Spitze gestanden. Von der Ausfuhr *Polens* nach Deutschland ist nahezu die Hälfte auf Holz, Fleisch und Schweine entfallen. Auch in der wesentlich vielgestaltigeren *tschecho-slowakischen* Ausfuhr nach Deutschland hat Holz mit fast einem Viertel die erste Stelle besetzt. Unter den Waren, die Deutschland aus *Ungarn* eingeführt hat, haben Bettfedern, Fleisch, Mais, Bauxit und Kryolith, Sämereien, Schmalz und Talg die ansehnlichsten Posten gebildet. In der Einfuhr aus *Rumänien* haben Mineralöle, Mais und Holz mit mehr als der Hälfte des Wertes an erster Stelle gestanden. Weizen, Holz, Mais und Flachs, ferner Fleisch und Obst, haben fast die Hälfte der *südslawischen* Ausfuhr nach Deutschland gebildet. Die deutsche Einfuhr aus *Bulgarien* hat sich zu etwa zwei Dritteln aus Rohtabak, Obst und Eiern zusammengesetzt. Und mit mehr als der Hälfte hat Rohtabak in der deutschen Einfuhr aus *Griechenland* weitaus an erster Stelle gestanden.

Die weitgehende Einseitigkeit der Ausfuhr der ostmitteleuropäischen Länder hat naturgemäß auch eine gewisse Abhängigkeit von den aufnahmefähigen und aufnahmewilligen Absatzmärkten, deren Zahl beschränkt ist, zur Folge. Unter diesen Märkten behauptet

Deutschland neben England, das als größter Abnehmer polnischer und baltischer Erzeugnisse in Frage kommt, den ersten Platz. Deutschlands handelspolitische Stellung gegenüber den ostmitteleuropäischen Staaten hat sich durch die Vereinigung mit Oesterreich, das gleichfalls einen beträchtlichen Teil der südosteuropäischen Ausfuhr aufnimmt, gefestigt. Die im allgemeinen günstige Entwicklung des Warenaustausches Deutschlands mit den ostmitteleuropäischen Staaten beweist, daß diese Länder sich mehr und mehr nach dem durch die geographische Lage und die wirtschaftliche Struktur vorgeschriebenen deutschen Absatzmarkt orientieren. Wo das, wie vor allem im Falle Polens, nicht in dem möglichen und wünschenswerten Maße geschieht, weil nicht die natürlichen Bedingungen, sondern politische Gegnerschaften und Angstzustände den Warenstrom leiten, haben das die betreffenden Länder mit chronischen Absatzschwierigkeiten und anderen Nachteilen zu bezahlen.

# Deutsche Kunst im Warschauer Nationalmuseum

Daß ein unmittelbares Nachbarland Deutschlands wie Polen, welches Jahrhunderte unter starkem Einfluß deutscher politischer Gewalten stand und seit dem hohen Mittelalter immer wieder neue Wellen deutscher Siedler und Zuwanderer aufnahm, bis zum heutigen Tage eine Fülle deutscher Kulturdenkmäler und Kunstwerke beherbergt, ist eine Selbstverständlichkeit. Die gotischen Kirchen von Krakau und Thorn, viele Bürgerhäuser auch in Warschau, Lublin und mancher anderen Stadt bis weit nach Ostpolen hin bezeugen diese Tatsache mit eindeutiger Anschaulichkeit. Auf dem Wege nach Osteuropa wurde die deutsche Kunst freilich derber, wie das einer kolonialen Kultur gemäß ist, hielten sich dafür aber manche Formen auch länger frisch als im Mutterland.

Wandert man durch die zahlreichen Säle des neuen Warschauer Nationalmuseums, so findet man immer neue Proben dieser ostdeutschen und vom deutschen Osten weiter in die slawischen Länder hineingetragenen Kunst. Die schönsten Beispiele enthält wohl die mit Liebe und Sachkenntnis zusammengestellte Sammlung gotischer Plastik. Einige ihrer schönsten Heiligenfiguren, die auffällige Verwandtschaft mit den Werken niederschlesischer und mitteldeutscher Bildhauer des Spätmittelalters ausweisen, werden hier auf Grund archivalischer Forschungen einer damals in Kalisch tätigen Werkstatt zugeschrieben. Ob ihre Urheber deutsche Künstler oder polnische Schüler deutscher Meister waren — die es damals nachweislich in nicht geringer Zahl gab —, wird vielleicht niemals zu ermitteln sein; aber daß die zarte Innerlichkeit und der verhaltene Ausdruck dieser Köpfe und Gestalten ohne die deutsche Kunst des 15. Jahrhunderts gar nicht möglich geworden wären, erkennt man sofort, wenn man daneben gleichzeitig Holzschnitzereien sieht, die ohne solche unmittelbaren Vorbilder entstanden sind. Auch ernste, leidenschaftlich bewegte Werke aus dem Kreise des Veit Stoß fehlen nicht, und andere Figuren gehören ganz in den Kreis der schlesischen und der böhmischen Kunst des Spätmittelalters.

Aus späterer Zeit seien etwa die prachtvollen Holzmodellierungen der sogenannten Danziger Schränke erwähnt, die übrigens auch in manchen Städten des heutigen Pommerellen oder in Elbing und in kleinen Orten des ostpreußischen Ermland hergestellt wurden. Ein anderes Beispiel liefert die schlesische Fayence von Proskau und Glinitz, welche westdeutsche Muster in stärkeren Farben und kräftigeren Formen nach dem Innern Polens bringt; es ist kaum ein Zufall, daß doch der letzte bedeutende Leiter einer Warschauer keramischen Manufaktur, dessen elegantes Spätrokokogeschirr hier zu bewundern ist, ein Deutscher (Paul Wolff), war. Das polnische Porzellan folgt nur den Mustern der im Osten von jeher gesammelten, in Warschau reich vertretenen Meißener Fabrik. Tüchtige Metallarbeiten verraten ihre deutsche Herkunft zum Teil durch die Sprache ihrer Aufschriften. Dagegen scheint in der Web- und Knüpfkunst (Teppiche, Brokatgürtel usw.) orientalischer, romanischer und altslawischer Einfluß stärker zu sein.

Ueberraschender als diese und ähnliche Spuren deutscher Kunstbetätigung in Polen und seiner nächsten Nachbarschaft ist die Fülle west- und süddeutscher Kunstwerke im Warschauer Museum. Ihr Vorhandensein erklärt sich daraus, daß der Grundstock dieser Sammlung vor 76 Jahren durch den Erwerb eines Teils der Kunst-

schätze des Kölner Stadtbaumeisters Weyher und durch ergänzende Ankäufe bei einem Kölner Antiquar seitens der Stadt Warschau zusammengebracht wurde. Aus dieser Quelle stammt z. B. ein farbenprächtiges rheinisches Andachtsbild mit der Darstellung einer Gregorius-Messe, aber auch das charaktervolle kleine Männerporträt, welches die Museumsleitung mit einem gewissen Vorbehalt Albrecht Dürer zuschreibt, während es andere Kunsthistoriker als eine der besten Leistungen seines Schülers Hans Schäufelin ansehen, ebenso ein Werkstattbild von Lukas Cranach und zwei gute Bildnisse anderer deutscher Meister des 16. Jahrhunderts. Später kam weiteres Kunstgut von Rang auf dem Wege über Oesterreich hinzu. Hierher gehört z. B. eine höchst merkwürdige Reliefplastik, die man für ein Altersporträt des Nürnberger Patriziers Willibald Pirckheimer hält; von der würdigen Selbstbeherrschung, die Dürer diesem Freunde in seinen Bildnissen zuschrieb, ist in dem schmerzverzerrten Antlitz des eigenartigen Marmorreliefs freilich kaum etwas übrig geblieben. Von geringerem Kunstwert ist das Porträt des Polenkönigs Sigmund des Alten, welches des großen Nürnbergers unbedeutender Bruder Hans Dürer gemalt hat.

Nicht alle diese Werke darf man in der verhältnismäßig kleinen und teilweise mit unerheblichen späteren Bildern angefüllten deutschen Abteilung des Warschauer Nationalmuseums suchen. Einige befinden sich in der Kunstgewerbeabteilung; andere sind aus stofflichen Gründen in den Zusammenhang der polnischen Kunstentwicklung eingereiht. Dazu gehört auch das ganze Schaffen der Maler deutscher Herkunft, die der letzte Polenkönig Stanislaw August Poniatowski im Rahmen seiner großen Bau- und Ausstattungsaufträge beschäftigte, wie die geschmackvollen Rokokomaler J. G. Plersch, A. F. Lohrmann und mehrere ihrer in Polen tätigen Zeitgenossen, die noch der Wiederentdeckung durch die deutsche Kunstgeschichte harren.

In den 80 Ausstellungssälen dieses Museums gibt es noch mancherlei unerwartete Begegnungen, und von den mehr als 100 000 Stücken seines Besitzes kann natürlich nur ein kleiner Teil ausgestellt werden. So dürfen die Freunde deutscher Kunst in Warschau auf mehr als einen weiteren Fund rechnen.

Fr. P.

# Deutsches Schicksal in Ostoberschlesien

In den letzten Tagen sind in Ostoberschlesien die Hauptversammlungen einer Reihe von Bezirks- und Ortsgruppen wichtiger völkischer und sozialer Organisationen des Deutschtums abgehalten worden. In den Tätigkeitsberichten spielt sich die letzte Entwicklung auf den verschiedensten Gebieten des Lebens der Volksgruppe wieder, die im folgenden in großen Zügen nachgezeichnet werden sollen:

Mitten im Industrierevier liegt die Stadt Siemianowitz, ein Ort, der in der Vorkriegszeit mit der weit über die Grenzen Oberschlesiens hinaus bekannten Laurahütte und den Bergwerken der gleichen Gesellschaft gewachsen und aufgeblüht ist. Als in den Jahren des Konjunkturabstieges die Hütte stillgelegt wurde und auch in den anderen Betrieben des Siemianowitzer Gebiets Tausende von Arbeitern auf die Straße gesetzt wurden, wurde diese Stadt in eine tiefe Not gestoßen. Und weil die deutschen Angestellten, Berg- und Hüttenleute von diesen Abbaumaßnahmen in besonders erschreckender Weise betroffen wurden, war hier „deutsch" und „arbeitslos" zu einem Begriff geworden. Inzwischen ist die Laurahütte wieder in Betrieb, und die Räder auf den Fördertürmen der Gruben drehen sich wieder Tag und Nacht. Aber die deutschen Arbeiter und Angestellten sind von den Segnungen einer neuen Konjunktur ausgeschlossen geblieben. Ein Teil der Menschen, der jahrelang in erschreckendem Elend gelebt hat, ist in Betrieben jenseits der Grenze eingestellt worden. In der engeren Heimat selbst ist für ihn kein Platz mehr.

In dieser charakteristischen oberschlesischen Industriegemeinde besteht eine Ortsgruppe der Gewerkschaft deutscher Arbeiter. Viele der Mitglieder zählen zu den unglücklichen Menschen, denen es seit Jahren versagt ist, ihre Hände zu regen und für sich und die Ihren endlich wieder genügend Brot zu verdienen. Sie wieder in den Gang der Arbeit einzuschalten, ist das selbstverständliche Bestreben ihrer Organisation. Zur Unterbauung

solcher Forderungen an den Staat sind bei der Siemianowitzer Hauptversammlung der Gewerkschaft Ausführungen gemacht worden, die die Entwicklung auf dem ostoberschlesischen Arbeitsmarkt beleuchten.

Die Besserung in der Lage der oberschlesischen Industrie ist seit 1936 zu verzeichnen. Seitdem haben die Hütten 6 000 und die Gruben 7 000 Arbeiter wieder einstellen können. Dabei sind jedoch die früher in diesen Industrien beschäftigten deutschen Arbeiter nicht wieder angenommen worden, sondern es sind im Gegenteil weitere Entlassungen erfolgt.

In dieser verzweifelten Lage der deutschen Arbeiter zeigte sich ein Schimmer der Hoffnung: Die Industrie in Deutsch-Oberschlesien braucht mehr Arbeiter, als ihr in ihrem Gebiet zur Verfügung stehen. Endlich ergab sich für viele Volksgenossen in Polnisch-Oberschlesien die Möglichkeit, wieder arbeiten zu können. Aber um die Grenze überschreiten zu können, bedarf es einer Grenzkarte, und die wurde Hunderten von Antragstellern versagt. In weiteren hunderten von Fällen wurden bereits ausgegebene Grenzkarten ihren Besitzern wieder entzogen, und von neuem sind diese Menschen nach kurzen Wochen einer geregelten Beschäftigung wieder in das Heer der Arbeitslosen zurückgestoßen.

Diese Lage erforderte gebieterisch eine Lösung. Am 25. Mai hat sich die Gewerkschaft deutscher Arbeiter darum an den Wojewoden von Ostoberschlesien, Grazynski, gewandt, mit der Bitte, er möge eine gemeinsame Konferenz anberaumen. Auf dieses Schreiben, dessen Dringlichkeit wohl auf der Hand liegt, ist der Vertretung der deutschen Arbeiterschaft bis jetzt keine Antwort zuteil geworden!

Auch der Verband der deutschen Angestellten in Polen mußte mit einer neuen Eingabe an den schlesischen Wojewoden hervortreten, denn die Lage der Schicht des Deutschtums, die diese Organisation betreut, ist nicht weniger verzweifelnd als die der Arbeiterschaft.

Was die Kreise der Angestellten für die deutsche Volksgruppe eines Industriegebiets bedeuten, liegt auf der Hand. Es ist die Schicht, die den überwiegenden Teil des deutschen Mittelstandes in Ostoberschlesien dargestellt hatte. Mit ihrer beispiellosen Verelendung in den Jahren des Massenabbaus deutscher Industriebeamter setzte ein erschreckender Rückgang des deutschen Lebens ein. Vielen Hunderten von Familien blieb kein anderer Ausweg, als die alte Heimat zu verlassen. An eine Wiedereinstellung der ausgesteuerten Beamten war nicht zu denken. Und viele der Menschen, die trotz der vorzeitigen Ausschaltung aus dem Arbeitsprozeß im Lande bleiben wollten, um ihrem Volkstum die Treue zu halten, hatten nicht die bescheidensten Mittel zum Lebensunterhalt, weil die größten Konzerne ihnen die Renten vorenthielten, auf die sie Anspruch erhoben, nachdem sie jahrzehntelang ihre Beiträge zu den Pensionskassen geleistet hatten. Mit der Massenauswanderung wurde so mancher der höheren Privatschulen des Deutschtums der tödliche Schlag versetzt, denn mit den Eltern verließen die Kinder die Heimat. Kulturelle Einrichtungen, wie das deutsche Theater, gerieten in eine schwere materielle Krise. Dem gewerblichen deutschen Mittelstand aber wurde durch die Verarmung dieser Schicht der Boden in erschreckender Weise weiter eingeengt.

Jahrelang wuchs an jedem Quartalsersten das Heer der erwerbslosen deutschen Angestellten weiter an. Seit einiger Zeit kommen die Entlassungen nur noch vereinzelt vor. Aber warum? Weil die Industrie, die der deutsche Angestellte mit aufbauen half, von ihm fast völlig entblößt ist. Nur noch wenige unersetzliche Spezialisten durften in den Betrieben bleiben. Nun ist man dabei, auch diesen letzten Rest zu beseitigen.

Seit dem Jahre 1934 sind bis jetzt 1 268 deutsche Angestellte entlassen worden. (Diese Statistik umfaßt nur die von dem Verbande Erfaßten.) Gegenwärtig stehen 25 Mitglieder im Kündigungsverhältnis. In der erwähnten Eingabe des Verbandes an den Wojewoden Dr. Grazynski wird darauf hingewiesen, daß die Entlassungen wegen der Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum erfolgt sind. Der Wojewode wird um Hilfe für die Gekündigten und ihre Familien angerufen. In der Denkschrift wird darauf hingewiesen, daß seit der Veröffentlichung der Minderheiten-Erklärung vom 5. November 1937 bis zum 31. März dieses Jahres 27 deutsche Industrieangestellte entlassen wurden.

Zu den Sorgen des Deutschtums um den Arbeitsplatz treten in besonders starkem Ausmaß die um die Schule. In den beiden letzten Hauptversammlungen der Bezirksvereinigungen Kattowitz und Königshütte hat Dr. Otto Ulitz zu den wichtigsten Fragen auf diesem Gebiet Stellung genommen. Bei den letzten Schulanmeldungen sind die Anträge vieler deutscher Eltern, die ihre Kinder der deutschen Schule zuführen wollten, mit der Begründung abgelehnt worden, daß sie nicht der Minderheit angehören. Der Leiter des Deutschen Volksbundes formulierte dieser Tatsache gegenüber folgende Feststellung: „Den Anspruch auf die Zulassung ihrer Kinder zur deutschen Schule haben Deutsche. Deutscher ist, wer sich in allen seinen Lebensbeziehungen offen und unbeirrbar zum Deutschtum bekennt. Dieses Bekenntnis äußert sich vor allem darin, daß die Sprache der Familie die deutsche Sprache ist."

Bei den letzten Schulanmeldungen sind sogar Anträge solcher Eltern abgelehnt worden, die seit langem Organisationen der deutschen Volksgruppe angehören bzw. deren ältere Kinder schon die deutsche Schule besucht haben.

Im vergangenen Jahre sind viele deutsche Eltern, denen es nicht gestattet wurde, ihren Kindern eine deutsche Erziehung teilhaftig werden zu lassen, in den Schulstreik getreten. Sie haben dafür empfindliche Strafen auf sich nehmen müssen. Dr. Ulitz hat in seiner Rede in Königshütte daran erinnert, daß der Volksbund die Eltern vor der Beschreitung dieses Weges gewarnt hätte, da die Fernhaltung der Kinder von jedem Schulunterricht einen Verstoß gegen die staatliche Gesetzgebung darstellt. Er hat aber zugleich auf die ungeheure Tragik derjenigen Deutschen hingewiesen, die, ihrem völkischen Gewissen folgend, ihre Kinder in einer deutschen Schule unterrichten lassen wollen und es nicht dürfen, weil ihnen von den Behörden ihr Deutschtum, entgegen ihrer eigenen Ueberzeugung, abgesprochen wird. Der Volksbund wird die Interessen dieser Eltern in einem Schritt beim polnischen Staatspräsidenten vertreten. Zugleich hat Dr. Ulitz dem Polentum den Wreschener Schulstreik in Erinnerung gerufen, den polnische Eltern in der Vorkriegszeit zur Durchsetzung ihrer Schulwünsche an die preußischen Behörden durchgeführt haben. Dieser Streik wird heute im freien Polen als eine Tat des nationalen Verantwortungsbewußtseins gefeiert, und die Eltern, die damals ihre Kinder der deutschen Schule fernhielten, werden als Märtyrer gefeiert. Dr. Ulitz brachte zum Ausdruck, daß das Deutschtum den Entschluß der deutschen Eltern, die jetzt bestraft wurden und in der polnischen Presse wegen ihrer Haltung geschmäht werden, mit den selben Augen betrachtet, wie das Polentum den Schulstreik der Wreschener polnischen Erziehungsberechtigten. Auch sie sind als nationale Märtyrer anzusprechen.

Der Leiter des Deutschen Volksbundes stellte bei einer seiner letzten Reden die Frage, ob man das Deutschtum in Polnisch-Oberschlesien angesichts seiner schweren völkischen Lage noch zum Vertrauen für die Zukunft aufrufen könne. Er bejahte diese Frage: „Unser Vertrauen entspringt dem Bewußtsein unseres guten Rechts, der Erfüllung unserer Pflichten gegenüber dem Staate, dem stolzen Bewußtsein der Zugehörigkeit zu dem großen deutschen Volke, dem ehrfurchtsvollen Glauben an Gott!"

# Hussitengeist

Das Jahr 1938 sollte ein tschechisches Jubeljahr werden. Am 28. Oktober wiederholt sich zum zwanzigsten Male der Tag, an dem die tschecho-slowakische Republik im letzten Donner der Geschütze des Weltkrieges proklamiert worden ist. Wohl sind zwanzig Jahre im Leben eines Volkes nicht viel. Für die Tschechen sind sie alles. Und so war es ihre Absicht, nicht nur den eigentlichen geschichtlichen Gedenktag, sondern das ganze Jahr festlich zu begehen. Aber je lauter ihr Jubel und je intensiver ihre Vorbereitungen für ihre Feste und Veranstaltungen wurden, desto bestimmter und einmütiger erhoben die Nationalitäten ihre Forderungen an die Tschechen nach Einhaltung der ihnen gegebenen Versprechen und nach Lösung des brennend

gewordenen Nationalitätenproblems. Für sie ist der „Befreiungstag" der Tschechen der Beginn ihrer eigenen Unfreiheit und Unterdrückung und der Anfang ihrer Leidensgeschichte im Glanze der Prager demokratischen Sonne.

Die Rufe der Sudetendeutschen, Slowaken, Ungarn, Polen und Ruthenen nach Gleichberechtigung und Autonomie sind schrille Dissonanzen in die Jubelgesänge des tschechischen Volkes. Sie passen auch schlecht in der von Tschechen geplanten Demonstration der inneren Konsolidierung des tschecho-slowakischen Staates. Die Ereignisse der letzten Monate sind zu bekannt, um in diesem Zusammenhange aufgezählt zu werden. Die Prager Regierung soll unter internationalem Druck den Nationalitäten im Staate geben, was sie ihnen durch 20 Jahre vorenthalten hat. Sie muß alle Energien aufwenden, um der zentrifugalen Kräfte Herr zu bleiben. Die wirtschaftliche Konjunktur ist abgeflaut und nähert sich dem Krisenpunkt. Die militärischen Abenteuer der letzten Wochen haben die Staatskassen geleert. Die „Freiheitsanleihe" bleibt ohne Erfolg. Die tschecho-slowakische Wirklichkeit wirft einen tiefen Schatten auf das tschechische Jubeljahr. Es wird erklärlich, daß die tschechischen Regieführer alles daran setzen, durch Knalleffekte und Blendwerke, laute Blechmusik und farbenprächtige Massenkundgebungen über die ernsten Schatten der Wirklichkeit hinwegzutäuschen. Sie wissen, wie leicht sich der tschechische Kleinbürger in eine Scheinwelt versetzen läßt und wie rasch ihn ein paar militärische Schauspiele, eingerahmt von farbenprächtigen Volksfesten, in einen nationalen Machtrausch bringen. Darauf zielte der Sokolkongreß ab, der durch Wochen hindurch das Interesse des tschechischen Volkes beherrschte und mit einer großen Militärparade am Hustag (d. i. der 6. Juli) seinen Höhepunkt und Abschluß erreichte.

Der Sokol nimmt im tschechischen Volk eine besondere Rolle ein. Er ist der Träger des tschechischen Nationalismus und Imperialismus. Seine Feste und Veranstaltungen sind mehr als die Angelegenheit seiner Organisation, sie sind die Manifestationen des nationalen Willens des ganzen Volkes. An ihnen nehmen Volk und Regierung teil. Der Parteihader ist nach außen begraben. Konfessionelle Gegensätze sind durch die tschechisch-nationale Idee, die ihre Verkörperung in dem Deutschenhasser Johann Hus gefunden hat, überbrückt. Das kam anläßlich des diesjährigen Sokolkongresses deutlich zum Ausdruck.

Aus allen Teilen des Staates waren an den letzten vier Sonntagen die Angehörigen der verschiedenen Gliederungen des Sokol nach Prag gekommen. Aber auch aus dem Ausland waren starke Abordnungen eingetroffen. Ihnen allen wurde ein jubelnder Empfang bereitet. Das alte hunderttürmige Prag war in ein Flaggenmeer getaucht. Girlanden aus Tannen- und Lindengrün zierten die alten Giebelhäuser und modernen Steinpaläste. Für den Geist aber, der in diesen Wochen im tschechischen Volke herrschte, mögen ein paar kleine Begebenheiten sprechen, die zugleich blitzartig die ganze Atmosphäre beleuchten:

In der Hybernergasse steht ein sozialdemokratisches Parteihaus. Es trug beim Einzug der ersten ausländischen Sokolabordnungen noch keinen Fahnenschmuck. Als das spalierbildende Publikum die Tatsache bemerkte, drang es in den Hof des Parteihauses ein und verlangte das Hissen der Staatsfahnen. Es dauerte nicht lange, so war auch der marxistische Parteiladen im Blumen- und Fahnenschmuck. Die sozialdemokratischen Parteiminister und -Abgeordneten nahmen nicht nur auf der Ehrentribüne den Vorbeimarsch der Sokoleinheiten ab, sondern einer von ihnen, der sozialdemokratische Fürsorgeminister, Ing. Necas, hielt an die aus dem Auslande gekommenen Sokoln eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

„Sie kamen in einer ernsten Zeit zu uns. Die Tschecho-Slowakei steht im Mittelpunkt des Interesses der ganzen Welt. Ihr ist ein schwerer und gefährlicher, aber auch ein ehrenvoller Platz im Herzen Europas angewiesen worden. In dem Kampf um die Demokratie, der jetzt geführt wird, sind wir am meisten exponiert. Wir kämpfen nicht nur für die Freiheit und die Menschenrechte der Tschecho-Slowakei, sondern in ganz Europa und in der ganzen Welt. Wir sind die Hüter des europäischen Gleichgewichts in einem höheren Sinne (!). Wir sind das Schwergewicht Europas, und eine Verschiebung dieses Schwerpunktes hätte für ganz Europa unabsehbare Folgen, dessen müßten sich alle bewußt sein, die die Grenzsteine der Tschecho-Slowakei verrücken wollen."

Einen offiziellen Programmpunkt des Sokolkongresses bildete die Husfeier auf dem Altstädter Ring. Hier erhebt sich aus einem mächtigen Steinsockel die hochragende Figur des Predigers des Aufstandes gegen das Deutschtum und die Romkirche: Johann Hus. Sein Blick ist gegen die alte Theinkirche gerichtet, die gegenüber dem historischen Rathaus steht, vor dem 1621 die tschechischen Rebellen gegen das romschützende Haus Habs-

burg hingerichtet wurden. Als in den ersten Nachkriegsjahren die Prager Regierung den Todestag Johannes Hus, der bekanntlich durch ein römisches Konzil in Konstanz als Ketzer zum Tode verurteilt worden war, zum Staatsfeiertag erklärte und ihre offizielle Teilnahme an den Husfeierlichkeiten verkündete, legte der päpstliche Nuntius gegen diese amtlichen Prager Beschlüsse Protest ein. Sie blieben ohne Beachtung. Auf dem Hradschin ging vielmehr die weiße Hussitenfahne mit dem roten Kelch hoch. Da packte der päpstliche Nuntius seine Koffer und fuhr durch Seitengäßchen zum Bahnhof, während sich durch die Prager Hauptstraßen die Wallfahrten des tschechischen Volkes zum neugeweihten Husdenkmal bewegten.

Das war einmal. An der Husfeier anläßlich des Sokolkongresses, auf der der Rektor der tschechischen Universität erklärte: „Der hussitische Geist ist nicht gestorben, sondern ist wach und in jedem Tschechen lebendig", nahmen nicht nur die Vertreter des politischen Katholizismus der Tschechen teil, sondern auch ein Mitglied der Prager Nuntiatur, also des Hl. Vaters in Rom, der Auditor Monsignore Burzi klatschte wohlwollend lächelnd den tschechischen Ketzerverehrern Beifall! Die Hussitenstürme in der Vergangenheit und in der Gegenwart sind vergessen, denen Kirchen und Priester zu Hunderten zum Opfer fielen. „Rechtgläubige" und Ketzer haben sich auf einer Linie gefunden, indem sie in Hus den Prediger des Hasses gegen das Deutschtum verehren.

Und noch ein weiteres war bezeichnend. Alle Sokolorganisationen, die aus dem Auslande kamen, führten die Fahnen ihrer Gaststaaten mit sich. Nur die Sokoln aus Großdeutschland hatten dies unterlassen. Man befürchtete angeblich Demonstrationen. Nach diplomatischen Vorstellungen wurde die tschechische Oeffentlichkeit schonend vorbereitet, daß man im Festzug auch die Hakenkreuzflagge mitführen wird. Die Bevölkerung wurde zur Besonnenheit ermahnt! Und da behauptet man in Prag, die Demokratie sei die Pflege der Internationalität. Besser konnte sich der Geist der Prager Demokratie nicht mehr entlarven.

Die Prager Sokoltage sind verklungen. Die Erinnerung an sie lebt im tschechischen Volke weiter und mit ihr der Geist der Unversöhnlichkeit und des Deutschenhasses, der sie beseelte. Denn sie sind die Elemente, die die Gegensätze im tschechischen Volke überwinden läßt. Sie sind aber auch das, was die Tschechen Hussitengeist nennen. Im seinem Zeichen stand der Sokolkongreß, der mitten während der Verhandlungen stattfand, die zwischen der Prager Regierung und den Volksgruppen geführt werden, um einen Ausgleich zwischen ihnen und den Tschechen und damit eine Befreiung im „Herzland" Europas herbeizuführen. Dr. K. V.

# Bevölkerungsentwicklung im Baltikum

Die Grenzen Estlands und Lettlands greifen gegen Rußland über die Grenzen des estländischen und lettischen Volksbodens hinaus. Estland überschreitet im Nordosten die Narowa und umfaßt im Südosten das Petschorygebiet, während Lettland sich Lettgallen einverleibt hat. Jenseits der alten Ordensburg Narva wohnen Russen, das Petschorygebiet ist von Russen und Setekusen besiedelt, einem estnischen Kleinstamm, der seinem ursprünglichen Volkstum stark entfremdet ist. Aehnlich ist es dem lettischen Stamm der Lettgaller ergangen. Außer diesen und anderen völkischen Fragen sind die raschen Veränderungen der sozialen Struktur und die biologische Ermüdung der Westgebiete der Esten und Letten für das künftige Schicksal dieser Staaten von grundlegender Bedeutung.

In Estland hat in der Nachkriegszeit die Stadtbevölkerung in weit rascherem Tempo zugenommen als die Gesamtbevölkerung. So hat sich die Stadtbevölkerung von 1922 bis 1934 um 16,6 v. H., die Gesamtbevölkerung dagegen nur um 1,6 v. H. vermehrt. Dieselbe Erscheinung ist bei den Marktflecken festzustellen, die in demselben Zeitraum um 8,9 v. H. zugenommen haben. Im schärfsten Gegensatz hierzu hat die ländliche Bevölkerung 2,7 v. H. ihres Bestandes verloren, obwohl im Zuge der Agrarreform bis zum 1. April 1935 60 530 Ansiedlerstellen neu eingerichtet worden sind. Der Anteil der ländlichen Bevölkerung ist nicht nur relativ von 71,3 v. H. auf 68,1 v. H., sondern auch absolut von 789 206 auf 767 535 Seelen gesunken.

In Lettland kann man dieselbe Entwicklung feststellen. Die Einengung des Wirtschaftsraumes durch die politische Abtrennung vom russischen Hinterland hat sich als verhängnisvoll erwiesen, besonders für die Großindustrie, das Handels- und Verkehrsgewerbe. Die Siedlungsdichte hat, trotzdem die Agrarreform 71 450 neue Siedlerstellen geschaffen hat, dauernd abgenommen. So haben auf einem Quadratkilometer gelebt:

| Provinz | 1914 | 1930 |
|---|---|---|
| Livland . . . . | 22,5 Menschen | 15,1 Menschen |
| Kurland . . . . | 19,5 „ | 14,7 „ |
| Semgallen . . . . | 23,3 „ | 16,5 „ |
| Lettgallen . . . . | 37,8 „ | 29,9 „ |

Die Gesamtbevölkerung Lettlands hat sich in dem Zeitraum von 1925 bis 1935 um 5,7 v. H. vermehrt, die Stadtbewohner um 12,1 v. H. Die Landbevölkerung hat dagegen nur um 2,3 v. H. zugenommen; sie ist zwar von 1 211 000 auf 1 240 000 gestiegen, ihr Anteil ist aber von 65,7 v. H. auf 63,1 v. H. gesunken.

Die Esten und Letten gehören zu den Völkern mit dem stärksten rückläufigen Geburtenüberschuß. Belastet mit einer abnormen Altersgliederung („Hypothek des Todes") zeigt ihr Volkskörper ein derartiges Sinken der Geburtenzahl, daß man sie mit Recht als sterbende Völker bezeichnen kann. Für das Staatsgebiet beider Völker weist die Statistik allerdings einen Geburtenüberschuß nach, aber beide Völker bewohnen ihren Staat nicht allein. In Estland hat es 1934 nach Maßgabe der amtlichen Statistik neben 88,2 v. H. Esten gegeben 8,2 v. H. Großrussen, 1,5 v. H. Deutsche, 0,7 v. H. Schweden und 0,4 v. H. Juden; in Lettland ist die Zersplitterung noch stärker, da neben den Letten mit 75,49 v. H. noch 10,59 v. H. Großrussen, 4,79 v. H. Juden, 3,19 v. H. Deutsche, 2,51 v. H. Polen, 1,38 v. H. Weißrussen, 1,17 v. H. Litauer und 0,36 v. H. Esten vorhanden sind. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die amtliche Statistik das Bestreben hat, die fremden Volksgruppen zugunsten des Staatsvolkes zahlenmäßig zu benachteiligen.

Die Volksgruppen zeigen verschiedene biologische Entwicklungstendenzen, die durchaus geeignet sind, im Laufe der Zeit die völkische Struktur der Staaten weitgehend zu ändern. In Estland nähert sich der Geburtenüberschuß der Null-Linie. Eine Unterteilung nach Volksgruppen wird in der estländischen Statistik nicht vorgenommen. Dagegen liegen Zahlen über die Bevölkerungsbewegung nach Konfessionen vor, die geeignet sind, Licht auf die biologische Entwicklung der einzelnen Volksgruppen zu werfen. So weist die evangelische Kirche für das Jahr 1933 10 490 Geburten und 12 135 Sterbefälle nach. Es besteht hier also ein Sterbeüberschuß von 1,9 aufs Tausend. Evangelisch sind nun aber die Esten, mit Ausnahme ihrer setekusischen Absplitterung, die griechisch-katholisch ist, ferner die Deutschen und die Schweden. Die geringe Zahl der Schweden fällt kaum ins Gewicht. Die Entwicklung der deutschen Volksgruppe, die bis 1933 stark rückläufig war, ist wieder im Ansteigen begriffen, so daß trotz sehr hoher Sterbeziffer ihre Zukunft nicht völlig hoffnungslos ist. Man ersieht daraus, daß die Esten nicht mehr Herren ihrer biologischen Lage sind. Das Absinken der Geburtenziffer der Esten (Schweden und Deutschen), dem ein starkes Wachstum der Großrussen gegenübersteht, führt im Laufe der Zeit zu einer Unterwanderung des estnischen Gebiets durch die geburtenstärkere Bevölkerung des Petschorygebietes, eine Gefahr, die man in noch stärkerem Ausmaße in Lettland feststellen kann.

Dort ist im Staatsgebiet der Geburtenüberschuß von 1925 bis 1935 von 7,4 auf 3,45 a. T. gesunken. Diese Ziffer gibt noch kein Bild der biologischen Lage der einzelnen Volksgruppen. Für die einzelnen Provinzen ergibt sich im Jahr 1935 ein nicht uninteressantes Bild. Riga weist einen Sterbeüberschuß von 0,4 a. T. auf, Livland hat einen Geburtenüberschuß von 0,15 a. T., Kurland von 1,0 a. T. und Semgallen von 2,35 a. T. Demgegenüber steht Lettgallen mit der hohen Ziffer von 10,3 a. T. Noch klarer wird das Bild, wenn man den verhältnismäßigen Anteil der Provinzen an der Bevölkerung und an der Gruppe der 0—10 Jährigen vergleicht:

| Provinz | Gesamtbevölkerung | 0—10 Jähr. | 60 u. darüber |
|---|---|---|---|
| Riga . . | 19,74 v. H. | 13,07 v. H. | 17,85 v. H. |
| Livland | 20,82 „ „ | 19,20 „ „ | 26,07 „ „ |
| Kurland . | 15,00 „ „ | 14,45 „ „ | 16,40 „ „ |
| Semgallen | 15,35 „ „ | 14,81 „ „ | 17,06 „ „ |
| Lettgallen | 29,07 „ „ | 38,47 „ „ | 22,23 „ „ |

Dieser Eindruck wird noch verstärkt, wenn man die Entwicklung zwischen 1925 und 1935 überblickt. Es hat in diesem Zeitraum (abgerundet) der Geburtenüberschuß betragen: bei den Protestanten 12 000, bei den Katholiken 56 000, bei den Griechisch-Orthodoxen 14 000 und bei den Altgläubigen 18 000. Den Vergleich dieser Ziffern mit dem Bevölkerungsanteil der betreffenden Konfession zeigt folgende Uebersicht:

| Konfession | Anteil 1935 | Anteil am Geburten-Ueberschuß 1925/35 |
|---|---|---|
| Evangelisch-Lutherisch | 55,1 v. H. | 11,5 v. H. |
| Römisch-Katholisch | 24,45 „ „ | 53,8 „ „ |
| Griechisch-Orthodox | 8,95 „ „ | 13,5 „ „ |
| Altgläubig | 5,8 „ „ | 17,3 „ „ |

Die Folge dieser Veränderung in der Fruchtbarkeit der einzelnen Volksgruppen ist ein Umschichtungsprozeß. Aus der ärmsten und rückständigsten Landschaft Lettlands, der Provinz Lettgallen, ergießt sich im unaufhaltsamen Vordringen ein Menschenstrom in die lettischen Gebiete. Orthodoxe Russen, katholische Lettgaller und Polen unterwandern die protestantischen Provinzen, die zur Zeit der Staatswerdung noch zu 60 v. H. protestantisch gewesen sind, im Jahre 1935 nur noch 55,1 v. H. Es scheint also die Stunde gekommen, wo das protestantisch und trotz aller „Sylvestergesetze" kulturell deutsch bestimmte Lettentum in der fremden Flut versinkt. W. J. Rempel.

# Litauische Willkür im Memelland

Gegen das vom Memeler Landtag am 25. Juni verabschiedete Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Memelgebiet hat der litauische Gouverneur von Memel, J. Kubilius, erneut Einspruch erhoben. Eigenartigerweise begründet Kubilius sein Veto damit, daß die Paragraphen 6 und 7 des verabschiedeten Gesetzes gegen Artikel 52 der neuen litauischen Verfassung verstoßen, der jedem litauischen Bürger das Recht der freien Arbeitsregelung einräume.

Mit den Paragraphen 6 und 7 des Gesetzes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist bekanntlich memelländischerseits eine Regelung des Arbeitsmarktes dergestalt beabsichtigt, daß durch Ausgabe von Arbeitskarten in erster Linie die im Memelland eingesessenen Arbeiter Beschäftigung erhalten, und daß erst nach Einstellung dieser die zugewanderten Elemente aus Litauen in der Reihenfolge des Zeitpunktes ihrer Zuwanderung in Arbeitsstellungen eingewiesen werden sollen. Da durch diese Regelung ein Schutz des bodenständischen Deutschtums gegen die Ueberflutung des Memellandes durch großlitauische Elemente geschaffen werden soll, ist das Gesetz immer wieder auf litauischen Einspruch gestoßen.

Die gegenwärtig vom litauischen Gouverneur gegebene Begründung des Vetos muß als willkürlich und als mit dem Memelstatut unvereinbar angesehen werden, weil die Arbeitsgesetzgebung nach Artikel 5, Ziffer 5 des Statuts ausdrücklich der memelländischen Zuständigkeit zugewiesen ist. Ein Verstoß gegen das in Artikel 52 der litauischen Verfassung verankerte Recht des litauischen Bürgers auf freie Arbeitsregelung liegt nach unserer Auffassung insofern nicht vor, als dieses Recht nur im Rahmen der von den zuständigen Organen des Staates erlassenen Gesetze ausgeübt werden kann.

Eine Verletzung der Verfassung wäre nur dann denkbar, wenn dem litauischen Bürger, „innerhalb des gesamten Staatsgebietes nach eigner Wahl Arbeit geben oder nehmen zu können sowie Ort und Art seiner wirtschaftlichen Tätigkeit zu wählen", grundsätzlich verweigert würde. Durch die Paragraphen 6 und 7 des Gesetzes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird jedoch lediglich die Reihenfolge in der Zuweisung der Arbeitsstellen festgelegt. Das Recht der freien Arbeitsregelung bleibt dabei unangetastet.

Durch das willkürliche Vorgehen des litauischen Gouverneurs wird eine Beseitigung der unhaltbaren Zustände auf dem memelländischen Arbeitsmarkt immer wieder verschleppt.

# Ostland-Chronik

### „Die Wespe"

Aus allen Ortschaften der westlichen Gebiete Polens laufen Flugschriften und Zeitungen ein, die in einer beispiellosen Tonart gegen alles, was deutsch ist, hetzen. Da kommt — um nur einen Fall herauszugreifen, in Lissa eine Wochenschrift „Osa" (Die Wespe) heraus. In Fettdruck bezeichnet sich die Nr. 13 dieses Blättchens als „Antideutsche Ausgabe" („Numer Antynie-miecki".)

In diesem Sudelblatt wird gegen das Deutsche Reich eine Tonart angeschlagen, die allen zwischenstaatlichen Vereinbarungen ins Gesicht schlägt. Faustdicke Lügen angstbesessener Fanatiker müssen herhalten, um Stimmung gegen Deutschland zu machen. Nach wüsten Schimpfereien und dummdreisten Drohungen heißt es dann: „Hauen wir mit der Faust auf den Tisch und stärken wir den Geist des Polentums, der zur wirtschaftlichen Macht Polens beitragen wird . . ."

So dumm — sagen wir es ehrlich: so dämlich sich das liest — so abgestimmt ist es auf die Mentalität derjenigen Kreise, die das Blatt in die Hand gedrückt bekommen.

Wie organisiert das Vorgehen dieser Hetzer ist, beweist ein Aufruf derselben Hetzzeitschrift. Dort wird ganz offen zu einer „Oeffentlichen antideutschen Versammlung" für Sonntag, den 10. Juli aufgerufen, die auch tatsächlich von der Ortsgruppe Lissa der Nationaldemokratischen Partei abgehalten wurde.

In Lissa gibt es noch ein zweites Blatt „Glos Leszczynski" („Lissaer Stimme"). Dort produziert sich ein tapferer Anonymus mit einer großangelegten Boykotthetze. Dieser feige Zeitgenosse „obywatel X" verlangt u. a., man solle gegen die Deutschen in Polen dieselben Methoden wie gegen das Judentum anwenden. Darunter versteht er vor allem das Aufstellen von Boykottposten vor deutschen Geschäften. Weiter stört diesen üblen Hetzaposteln das Deutschsprechen auf der Straße — ihn aber nicht allein, sondern auch das Hauptorgan der Nationaldemokraten den „Kurjer Poznanski" und den „Krakauer Illustrowany Kuryer Codzienny", der es fertig bringt, sich gegen die Juden in Galizien und Kongreßpolen zu wenden, weil sie die deutsche Sprache (verhunzt) gebrauchen, was eine Schande für die Juden sei und von wenig Würde zeuge.

Dies alles nach dem 5. November 1937, dem Tag der Minderheitenerklärung, an dem das polnische Staatsoberhaupt feierliche Worte an die Vertreter der deutschen Volksgruppe in Polen richtete.

### Hetze des Aufständischenverbandes

Ende Juni hielt die Bezirksgruppe des Aufständischenverbandes in Schwientochlowitz ihre Jahrestagung ab. Unter den zwölf Punkten der Entschließung findet sich folgende Forderung: „Wir verlangen von den Sicherheitsbehörden energische Verfolgung der politischen Provokateure. In der letzten Zeit kann man eine sich immer stärker entwickelnde Tätigkeit der Fanatiker der deutschen Minderheit in der Wojewodschaft Schlesien beobachten, die häufig zu einer öffentlichen Provokation wird." Wenn der Aufständischenverband nur die Provokateure in seinen eigenen Reihen zur Ordnung rufen wollte, wäre schon viel geholfen.

### Bodenreform ohne Entschädigung

Auf der letzten Warschauer Tagung der bäuerlichen Jugendorganisation „Siew", an der auch der polnische Landwirtschaftsminister Poniatowski teilnahm, wurde u. a. folgende bezeichnende Entschließung gefaßt: „Die Lösung der Arbeitslosenfrage und der Frage des Landhungers sehen wir in der sofortigen Durchführung der Bodenreform ohne Entschädigung."

### Neues Hetzblatt des polnischen Westverbandes

Seit dem 18. Juni erscheint in Thorn eine neue Zeitung unter dem Titel „Gazeta Pomorska". Die Losung, die das Blatt ausgibt, lautet: Pommerellen nur für die Polen". Es handelt sich um ein Hetzorgan, dessen Finanzierung der polnische Westverband übernommen hat.

Die Ortsgruppe Karthaus des polnischen Westverbandes hat an ihre Bezirksgruppe in Thorn ein Gesuch zur Weiterleitung an die Warschauer Regierung gerichtet, in dem gefordert wird, die Regierung möge den Vertrieb deutscher

Zeitungen in Pommerellen vollständig unterbinden. Die Beobachtung der deutschfeindlichen Aktionen durch die deutsche Presse scheint dem Westverband doch an die Nieren zu gehen.

### Vergleiche, die zu denken geben

Unter dem Eindruck der Propagandaaktion des polnischen Westverbandes in den an Ostpreußen grenzenden Kreisen schreibt der Warschauer „Expreß Poranny", die Sowjets hätten die Bevölkerung aus ihrem Grenzgebiet ausgesiedelt, damit sie nicht in Versuchung komme, Vergleiche auf beiden Seiten zu ziehen. Ungünstig falle für Polen der Vergleich aus, wenn es sich um die ostpreußischen Grenzgebiete handele. Auf polnischer Seite ein armes Land mit strohgedeckten Hütten, schmutzigen Städten, schlechten Wegen und armseligen Schulgebäuden und auf der anderen Seite der Grenze — ein sorgfältig kultiviertes Land

# General Kwasniewski spricht

Zum Fest des Meeres in Gdingen hat bekanntlich der Vorsitzende der See- und Kolonialliga General Kwasniewski die Festrede gehalten. General Kwasniewski hat — wie noch in Erinnerung — am 3. Mai in Danzig vor der polnischen Minderheitenorganisation schon einmal eine Rede gehalten, die so eigenartig war, daß die Danziger Presse dagegen Stellung nehmen mußte. Das hat jedoch nicht verhindert, daß General Kwasniewski auch jetzt in Gdingen wieder dieselben Töne angeschlagen hat. Der „Kurjer Baltycki" veröffentlicht nun den Wortlaut der Rede. Danach hat Kwasniewski erklärt:

„Heute — nicht genug, daß Polen nur ein 72 Kilometer breiter Streifen Zugang zur See zuerkannt wurde — entstehen dort, wo wir an das Meer stoßen, an der einzigen offenen, freien Grenze, dort, wo wir infolge der geographischen Lage unsere Hauptrolle in der Verbindung Ostsee—Schwarzes Meer suchen müssen, an der Mündung des einzigen natürlichen, von Gott geschaffenen Wasserweges, an der Mündung der Königin der polnischen Flüsse, der Weichsel, für uns immer mehr Schwierigkeiten."

Der General wies dann auf die günstige Gestaltung der Verhältnisse zu den Baltischen Staaten hin und fuhr weiter fort:

„Aber dort, wo es sich nicht um einen unserer sechs Nachbarn handelt, wo es um Danzig geht, das von rechtlichem Gesichtspunkt aus eng mit uns verbunden ist, eine Freie Stadt aber im polnischen Zollgebiet liegend, vom polnischen Hinterland lebend, Danzig, das in den auswärtigen Angelegenheiten der Kompetenz des polnischen Ressorts für äußere Angelegenheiten untersteht, Danzig, zu dessen Schutz nach außen niemand anders berufen ist als Polen, da ist die Zusammenarbeit schwierig, da bei den besten Versicherungen der offiziellen Stellen dort immer wieder der Ruf „Zurück zum Reich" ausgestoßen wird. Schon am 3. Mai habe ich im Namen der See- und Kolonialliga dort versichert, daß das polnische Volk wacht, daß es nicht zulassen wird, daß seine Rechte an der Weichselmündung beschränkt werden. Das polnische Element auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig muß volle Arbeitsfreiheit und uneingeschränkte Lebensmöglichkeit haben. Wir werden uns für sein Los immer interessieren und nicht gleichgültig zusehen können, wie ihm Schwierigkeiten gemacht werden."

Man sieht also, daß der Präsident der polnischen See- und Kolonialliga anscheinend nicht gewillt ist, eine Lehre anzunehmen. Eine derartige Rede mit so scharfen Ausfällen gegenüber Danzig konnte in Gdingen in Gegenwart des Vizeministerpräsidenten Kwiatkowski und anderer hoher staatlicher Würdenträger gehalten werden, nachdem genau zwei Tage vorher das Organ des polnischen Außenministeriums, die „Polnische Politische Information" das Gegenteil festgestellt hatte, nämlich eine „gesunde und reale Einstellung Danzigs zu den Beziehungen mit Polen", und die Feststellung gemacht hat, daß sowohl der Standpunkt der polnischen Regierung wie der der Freien Stadt Danzig in der Frage der weiteren Gestaltung der Danzig-polnischen Verhältnisse „keine tatsächlichen Gegensätze zeigen". Die Aufgabe des Vorsitzenden einer so großen Organisation wie der See- und Kolonialliga in Polen dürfte nicht gerade darin bestehen, derartige Gegensätze entgegen dem Willen des polnischen Außenministeriums zu konstruieren.

mit gemauerten Dorfgebäuden, ausgezeichneten Straßen, reinen Ortschaften und guten Schulen. Daß die polnischen Grenzgebiete nicht in dem derzeitigen schlechten Zustande bleiben dürfen, sei, so mahnt das Blatt, eine allgemeine Staatsaufgabe.

### Polen feiert „deutsche Entwaffnung"

Die polnische Oeffentlichkeit wird zu einer merkwürdigen Feier aufgefordert. Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden 20. Jahrestag der „Entwaffnung der Deutschen", heißt es in einem Aufruf, den einige polnische Blätter abdrucken, beabsichtigen die Unterzeichneten der POW. (Polnische Militär-Organisation) eine Kameradschaftstagung zu veranstalten. Diese Organisation steht bekanntlich den polnischen Regierungskreisen nahe. Halten diese das Begehen einer solchen Feier für zeitgemäß?

### Er lobte die Regierung Adolf Hitlers

Das polnische Bezirksgericht in Thorn verurteilte den Polen Jan Morawski zu einem Jahre Gefängnis, weil er auf dem Marktplatz in Briesen die Zustände in Polen kritisiert und die Regierungsmethoden Adolf Hitlers in Deutschland gelobt hat.

### „Neger" beim Fest des Meeres

Bei der Veranstaltung des „Fest des Meeres" auf dem Hüttenteich in Siemianowitz ereignete sich ein Zwischenfall. Als Neger angemalte und mit einem Lendenschurz aus Hanf bekleidete Polen tanzten auf einem Floß im Teich, auf dem eine Hütte aus Stroh stand und ein Lagerfeuer brannte. Beim Ueberspringen des Feuers gerieten die Lendenschurze der „Neger" in Brand. Trotzdem sich die Beteiligten durch Sprung ins Wasser retten konnten, erlitten sie Brandverletzungen.

### Polnische Arbeitsfront in Danzig

Auf einer gemeinsamen Sitzung der Vorstände der polnischen Berufsorganisationen in Danzig kam es zu einer Bereinigung der Fragen, die einem Zusammenschluß bisher im Wege gestanden haben. Nunmehr ist eine polnische „Arbeitsfront" in Danzig gegründet worden, die den Namen „Zjednoczenie Zawodowe Polskie — Zrzeszenie Pracy" (Polnische Berufsvereinigung — Arbeitsfront) führen wird. Es sind Bemühungen im Gange, alle beruflich tätigen Polen in Danzig zum Eintritt in diese Einheitsorganisation zu bewegen.

### Kein Vertrauen zu den polnischen Arbeitslagern

Die Warschauer Presse weiß zu berichten, daß nach offiziösen Daten von 17 000 registrierten jugendlichen Arbeitslosen in noch nicht militärpflichtigem Alter sich nur 68 freiwillig zum Dienst in den Arbeitslagern gemeldet haben.

### Deutscher Landwirt ausgezeichnet

Der polnische Ministerpräsident General Skladkowski besichtigte kürzlich einige Kreise der Wojewodschaft Lodz. Er inspizierte u. a. landwirtschaftliche Betriebe, wobei er säumigen Landwirten Verweise erteilte, solche aber belobte, die ihr Anwesen in Ordnung hielten. Eine besondere Auszeichnung für mustergültige Führung seines landwirtschaftlichen Betriebes ließ der polnische Ministerpräsident dem deutschen Landwirt Emil Helwig zukommen; er ordnete an, daß Helwig für das Verdienstkreuz vorgeschlagen werde.

### Freivisa für Auslandslitauer

Eine bemerkenswerte Entscheidung hat der litauische Ministerrat in den letzten Tagen getroffen. Um die Verbundenheit des litauischen Staates mit den Litauern im Auslande zum Ausdruck zu bringen, wurde beschlossen, alle Litauer, die außerhalb der Landesgrenzen ihren Wohnsitz haben, sowie alle im Auslande lebenden litauischen Staatsangehörigen von der Bezahlung der Einreisegebühr nach Litauen zu befreien.

### Postdebit entzogen

Das polnische Innenministerium hat u. a. folgenden Schriften in Polen das Postdebit entzogen beziehungsweise Verbreitung und Vertrieb in Polen verboten: „Judenfibel" von Dr. Walter Wache (Leipzig), „Totengräber der Weltkultur" von E. V. von Rudolf (München-Berlin), „Der Judenspiegel" von E. V. von Rudolf (München-Berlin). Bei den beiden letztgenannten handelt es sich um Band 1 und Band 2 der Schriftenreihe „Kampfschriften der Obersten SA-Führung". Als Begründung für den Debitentzug wird angegeben, daß der Inhalt der Schriften gegen das polnische Strafgesetzbuch verstoße.

### Zwischenfall in einer Warschauer Kirche

In einer katholischen Kirche Warschaus kam es kürzlich zu einem Zwischenfall, der eine beachtenswerte Vorgeschichte hat. An

der Kirche war ein Geistlicher tätig gewesen, der einer der entschiedensten Gegner des Judentums war. Dieser war vor kurzem durch einen anderen Geistlichen ersetzt worden, der ausgerechnet Volljude ist. Diese Tatsache hat in der Bevölkerung ungeheures Aufsehen erregt. Der jüdische Pfarrer wurde am Sonntag in der Kirche überfallen und durch mehrere Schläge verletzt.

**Flugzeug vermißt**

Ein peinlicher Zwischenfall ereignete sich kürzlich auf der Fluglinie Warschau—Kattowitz. Das Flugzeug, das gegen 15 Uhr in Warschau mit sechs Passagieren nach Kattowitz startete, geriet bald hinter Warschau in einen Gewittersturm, und der Pilot verlor die Orientierung. Da der Radiotelegrafist keinen Kontakt mit den Flughäfen finden konnte, mußte der Flug blind durchgeführt werden. Nach etwa fünfstündigem Flug stellte sich Benzinmangel ein, und der Pilot landete auf den Feldern eines unbekannten Dorfes. Es stellte sich heraus, daß das Flugzeug bei dem Dorf Szczyglin, etwa 70 Kilometer von Kielce entfernt, niedergegangen war. Das Fahrgestell wurde dabei leicht beschädigt, doch blieben die Fluggäste und die Besatzung unverletzt. Das Verschwinden des Flugzeugs hatte größte Beunruhigung hervorgerufen, und man schickte mehrere Flugzeuge auf die Suche, die jedoch ergebnislos verlief. Die Fahrgäste, deren Angehörige ebenfalls sehr beunruhigt waren, legten den Weg nach Kattowitz mit der Bahn zurück.

**Sicher ist sicher . . .**

Das Polnische Meteorologische Institut (PJM) erfreut sich nicht überall großer Beliebtheit. Böswillige behaupten, daß immer genau das Gegenteil seiner Wettervorhersagen eintrifft. Darum ist es zwar verständlich, aber doch bemerkenswert, daß der „JKC", der sonst seine Deutschfeindlichkeit auf Schritt und Tritt zum Ausdruck bringt, zur Wettervorhersage die Meldungen der Hamburger Seewarte benutzt.

**Ein Sondersegen des Papstes für 6 Zloty**

Im Zusammenhang mit der Ueberführung der Reliquien des vom Papst auf polnische Anregung heilig gesprochenen Jesuiten Andreas Bobola nach Polen, hat der Papst, wie der „Ilustrowany Kurjer Codzienny" zu berichten weiß, ein besonderes Muster für seinen Segen genehmigt. Das Formular des Segens enthält außer dem Text des Segens ein Photo des Papstes und ein Bild des Bobola. Der Organisationsausschuß für die Ueberführung der Reliquien des Heiliggesprochenen fordert alle Gläubigen auf, sich einzuschreiben, um diesen besonderen Segen zu erhalten. Das Formular des Segens ist in drei Ausführungen in verschiedenen Farben zu erhalten. Kostenpunkt — 6 Zloty.

**Der Handel in Polen und die Juden**

Die Wochenschrift „Zespól" bringt eine Aufstellung, die die Verjudung des polnischen Handels aufzeigt:

„Nach der Volkszählung vom Jahre 1931 kann man nachstehende Tabelle aufstellen, die in Zahlen ausdrückt, wieviel Juden auf 100 Personen entfallen, die sich durch Handel ernähren:

| | | |
|---|---|---|
| in Polen insgesamt | | 59 |
| in der Wojewodschaft | Tarnopol | 85 |
| „ „ „ | Stanislau | 85 |
| „ „ „ | Wolhynien | 83 |
| „ „ „ | Polesien | 81 |
| „ „ „ | Nowogrodek | 80 |
| „ „ „ | Lublin | 78 |
| „ „ „ | Bialystok | 70 |
| „ „ „ | Kielce | 67 |
| „ „ „ | Wilna | 66 |
| „ „ „ | Krakau | 61 |
| „ „ „ | Lodz | 56 |
| „ „ „ | Warschau | 54 |
| „ „ „ | Warschau-Stadt | 51 |
| „ „ „ | Schlesien | 13 |
| „ „ „ | Pommerellen | 4 |
| „ „ „ | Posen | 3 |

Diese Tabelle zeigt gleichzeitig, daß die Verjudung des Handels proportionell fast umgekehrt zum Hundertsatz der polnischen Bevölkerung in der betreffenden Wojewodschaft steht."

---

**Ostpreußenrückfahrkarte.** Die Deutsche Reichsbahn hat die Bestimmungen über die Ostpreußenrückfahrkarten geändert. Ab 1. Dezember kann mit diesen Fahrkarten die Hinfahrt zweimal (bisher nur einmal) unterbrochen werden, die Rückfahrt wie bisher viermal. Da die Ostpreußenrückfahrkarten zur Rückfahrt über einen anderen Weg als den Hinweg gelöst werden können, und dieser Rückweg bis zu 50 % länger sein darf als der Hinweg, werden sie mit ihrer nunmehr sechsfachen Fahrtunterbrechungsmöglichkeit vielfach auch für Rundreisen durch Ostpreußen ausgenutzt werden können

# Bücher über den Osten

**Die polnische Emigration im neunzehnten Jahrhundert.** Von Günter Weber. Essener Verlagsanstalt, Essen 1937. 115 Seiten. Preis 3,50 RM. — Die Arbeit ist in der Schriftenreihe „Volkslehre und Nationalitätenrecht in Geschichte und Gegenwart" erschienen. Sie sei vor allen Dingen all den Deutschen dringend empfohlen, die vielleicht immer noch meinen, mit der Möglichkeit einer Ueberwindung der deutschfeindlichen Grundhaltung des polnischen Volkes rechnen zu dürfen. Sie ist die erste zusammenfassende Darstellung, die der polnischen Emigration des 19. Jahrhunderts von deutscher Seite gewidmet worden ist. Es ist offensichtlich, daß dem Verfasser jede antipolnische Absicht ferngelegen heit. Was er aber im Interesse der historischen Wahrheit über das Wesen und die Tätigkeit der polnischen Emigration mitzuteilen hat, ist in hohem Maße geeignet, nicht nur in Deutschland, sondern auch in manchen anderen europäischen Ländern gegenüber den politischen Arbeitsmethoden und den Agitationsthesen der Polen mißtrauisch zu machen. Der Verfasser ist nicht in den Fehler verfallen, dessen sich in den letzten Jahren manche deutsche Schriftsteller, die sich mit polnischen Dingen befaßt haben, schuldig gemacht haben; er ist nicht in den Fehler verfallen, die polnischen Bemühungen um die Wiedererrichtung eines eigenen Staates in eine moralisierende und heroische Beleuchtung zu setzen. Er ist bestrebt gewesen, diese Bemühungen so darzustellen, wie sie von deutscher Seite politisch gewertet werden müssen. Es wäre zu begrüßen, wenn auch die späteren Bemühungen um die Wiederaufrichtung Polens, die sich mit dem Namen des Marschalls Pilsudski verbinden, einmal einer ähnlich nüchternen Betrachtung von deutscher Seite unterzogen würden. Dr. K.

**Preußische Wirtschaftspolitik in den Ostprovinzen.** Der Industrialisierungsversuch des Oberpräsidenten von Goßler in Danzig. Von Friedrich Richter. Ost-Europa-Verlag, Königsberg (Pr) 1938. 180 Seiten. — Die vorliegende Untersuchung ist als Band 15 der „Schriften der Albertus-Universität" erschienen. Sie behandelt die Bemühungen des Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen, von Goßler, in der Zeit des hochgespannten Nationalitätenkampfes in der preußischen Ostmark die Stellung des Deutschtums gegenüber dem Polentum durch den Aufbau einer Industrie zu festigen. Goßler ging dabei von der richtigen Beobachtung aus, daß die nur den landwirtschaftlichen Sektor erfassenden Maßnahmen der Ansiedlungskommission nicht genügten, um das Vordringen des Polentums im preußischen Osten zu stoppen. Er hatte bei seinen Bemühungen um den industriellen Ausbau Westpreußens mit den verschiedenartigsten Schwierigkeiten zu rechnen, die ihm nicht bloß aus dem Mangel einer gewerblichen Tradition und aus der Schwäche des Kapitalmarktes in der Ostmark, sondern auch aus den Widerständen des Großgrundbesitzes sowie der westdeutschen und der schlesischen Industriellen und aus dem allgemeinen Mißtrauen der deutschen Oeffentlichkeit gegenüber der ostmärkischen Wirtschaft erwuchsen, von dem vielfach auch die staatlichen Stellen nicht frei waren. Es kamen mehrere unglückliche Umstände hinzu, die den Versuchen von Goßlers den beabsichtigten Erfolg versagten, so der Zusammenbruch des an die Industrialisierungsmaßnahmen hauptsächlich eingeschalteten Konzerns, die Tatsache, daß als Hauptberater ein jüdischer Finanzmann herangezogen wurde, der von industriellen Problemen zu wenig verstand, u. a. m. Der Verfasser legt in seiner Untersuchung all die Maßnahmen dar, die von Goßler traf, um dem ostmärkischen Deutschtum eine breitere wirtschaftliche Existenzbasis zu sichern: die Bemühungen, die notwendigen finanziellen Mittel verfügbar zu machen, der westpreußischen Industrien ausreichende Aufträge zu garantieren, die industriellen Kräfte der preußischen Ostmark zu gemeinsamem Vorgehen zusammenzuführen, die Verkehrsferne des preußischen Ostens wirtschaftlich zu überbrücken, die Grundlagen einer gewerblichen Tradition in der industriearmen Ostmark zu schaffen usf. Die Untersuchung ist nicht bloß von historischer, sondern auch von gegenwartspolitischem Wert, insofern als sie aus den Schwierigkeiten, die von Goßlers seinerzeit nicht zu überwinden vermochte, Lehren für die Bemühungen zieht, die in der Gegenwart unter anderen wirtschafts- und volkspolitischen Verhältnissen unternommen werden, den dem Reich verbliebenen Osten industriell zu durchsetzen. Dr. K.

**Schlesien.** *Erlebnisse eines Landes.* Von Traud Gravenhorst. Wilh. Gottl. Korn Verlag, Breslau 1938. 268 Seiten. 96 Bilder. Preis Leinen 4,80 RM. — Die Verfasserin schildert Schlesien auf unterhaltsame Weise. Es kommt ihr nicht auf eine abgerundete Behandlung der geschichtlichen, landschaftlichen und kulturellen Themen an, die Schlesien stellt. Sie berührt diese Themen an ihren interessantesten Punkten und gibt damit schließlich doch eine Vorstellung von der Fülle dessen, was dieses Land an Schönheiten, Reichtümern und deutschen Leistungen birgt. Sehr oft läßt sie die alten Quellen selber sprechen und stellt so ein unmittelbares Verhältnis zur Vergangenheit her, so wenn sie Auszüge aus alten Schriften, Reiseberichten oder den Werken schlesischer Dichter bringt. Eine Menge bedeutender Schlesier, die sich im wirtschaftlichen und geistigen Schaffen ihrer Heimat und darüber hinaus Deutschlands hervorgetan haben, ziehen am Leser vorbei. Fast hundert Bilder veranschaulichen Landschaft, Siedlungen und Kunstwerke Schlesiens. Dr. K.

**Verlag Dr. Friedrich Osmer, Berlin SW 61, Lankwitzstr. 2-3. — Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau, Illstr. 2. — Druck: Westkreuz-Druckerei GmbH., Berlin-Lichtenrade, Moltkestr. 7. — Verantwortlich für Anzeigen: Kurt Haupt, Fichtenau b. Berlin. — Erscheint monatlich zweimal. Postbezug vierteljährlich RM. 0,90. Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr. — Anzeigenpreisliste 4. — J. v. W. g. — Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Motzstr. 46 (Fernruf 25 09 14) zu richten.**